

**Monitoring über
Fremdenfeindlichkeit, rechtsextreme
Orientierungen und Gewaltbereitschaft in der
Schweiz
Machbarkeitsstudie**

Patrik Manzoni

Im Auftrag der Fachstelle für Rassismusbekämpfung

Juli 2007

Herausgeberin

Fachstelle für Rassismusbekämpfung
Generalsekretariat EDI
Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse 1
CH – 3003 Bern

Autor

Patrik Manzoni, Dr. phil.
Kriminologisches Institut
Universität Zürich
Rämistrasse 74 / 47
CH – 8001 Zürich

Zitiervorschlag

Manzoni, Patrik (2007). *Monitoring über Fremdenfeindlichkeit, rechtsextreme Orientierungen und Gewaltbereitschaft in der Schweiz. Machbarkeitsstudie*. Bern: Fachstelle für Rassismusbekämpfung, Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements des Innern.

Inhalt

Executive summary	4
1. Hintergrund und Auftrag dieser Studie	6
2. Ziele, Inhalt und Methodologie eines möglichen Monitoring-Instruments	8
2.1. Ziele eines Monitorings	8
2.2. Welche Phänomene können in einem Monitoring gemessen werden?	8
2.3. Methodologische Anforderungen an ein Monitoring-Instrument.....	11
3. Begriffsdefinitionen und theoretische Erklärungsmodelle	15
3.1. Begriffsdefinitionen	15
3.2. Erklärungsmodelle.....	24
4. Bestandesaufnahme von Items und Itembatterien aus Bevölkerungs-Surveys	30
4.1. European Social Survey (ESS)	30
4.2. Eurobarometer (EB) in der Schweiz	33
4.3. Konzepte zur „ethnischen Exklusion“ des EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia)	36
4.4. International Social Survey Programme (ISSP)	38
4.5. MOSAiCH.....	40
4.6. UNIVOX/VOX Umfragen	40
4.7. GMF-Survey (IKG Bielefeld).....	41
4.8. Rechtsextreme Einstellungen.....	45
4.9. Zusammenfassung.....	48
5. Auswahl der Items und Itembatterien für ein Monitoring	50
5.1. Xenophobie	50
5.2. Antisemitismus	52
5.3. Islamophobie	52
5.4. Rechtsextremismuspotential	53
5.5. Einstellungen zu Integration und Assimilation.....	55
5.6. Einstellungen zu Migration	56
5.7. Eigene Diskriminationserfahrungen	56
5.8. Eigene Gewalterfahrungen.....	57
5.9. Politische Positionierung	58
5.10. Patriotismus/Nationalismus	58
5.11. „Orientierung“	59
5.12. Berufliche Situation, objektiv	59
5.13. Berufliche Situation, subjektiv	59
5.14. Sozio-demografische Angaben:	60
5.15. Ethnizität, objektiv und subjektiv	60
5.16. Religiosität.....	61
5.17. Weitere Konzepte.....	61
6. Mögliche Varianten eines Monitoring-Instruments	62
6.1. Eigenständiges Monitoring mit Oversampling ausländische Wohnbevölkerung	63
6.2. Eigenständiges Monitoring ohne Berücksichtigung ausländische Wohnbevölkerung.....	64
6.3. Präsentation und Zurverfügungstellung der Daten.....	64
7. Diskussion	66
8. Literatur	68

Executive summary

Auf der Grundlage der von Cattacin, Gerber, Sardi und Wegener (2006) im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms „Rechtsextremismus“ (NFP 40+) durchgeführten Studie zu Misanthropie und rechtsextremen Einstellungen untersuchte die vorliegende Machbarkeitsstudie Möglichkeiten zur Durchführung eines langfristigen Monitoring-Surveys zur regelmässigen Erhebung von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen in der Schweiz.

Zunächst wurden im Hinblick auf die Verwendung in einem solchen Monitoring die als *Kernkonzepte* definierten Phänomene des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit, des Antisemitismus, der Islamophobie sowie des Rechtsextremismus untersucht. Grundsätzlich sind alle Konzepte einer empirischen Erhebung mittels standardisierter Befragung durch Interviews zugänglich. Angesichts des sensiblen Fragebereichs stellt sich zunächst die Frage der Formulierung von Fragebogen-Items, d.h. ob sie Aussagen enthalten sollen, die die entsprechende Feindlichkeit offen oder verklausuliert (d.h. verdeckt) erfragt. Das Grundproblem von Items, die verdeckten Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit erheben wollen, besteht darin, dass diese oftmals eine Mehrdeutigkeit aufweisen, so dass Personen auch aufgrund von nicht-feindlichen Einstellungen diesen zustimmen können. Insofern wird für die Verwendung von eindeutigen Formulierungen plädiert, wobei aber eine balancierte Mischung aus negativen und positiven Items in derselben Itematterie verwendet werden sollte, auch um Antworten aufgrund von sozialer Erwünschtheit zu vermeiden. Wünschbar wäre ferner die Verwendung von Items mit unterschiedlichem „Stärkegrad“ der Ablehnung. In Bezug auf Rassismus könnte alternativ die Skala zur „sozialen Dominanzorientierung“ miteinbezogen werden.

Hinsichtlich des Einbezugs von *Gewalt* kann Folgendes festgehalten werden. Die Erhebung von Opfererfahrungen aufgrund einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit ist prinzipiell machbar, sollte aber differenziert – zumindest unterteilt in psychische und physische Formen – vorgenommen werden. Die Erfassung von aktiv ausgeübter physischer Gewalt wird als unpassend für einen grossen Bevölkerungssurvey erachtet. Hingegen stellt sich nichts gegen den Einbezug von individueller Gewaltbereitschaft und Akzeptanz von Gewalt als Mittel der Problemlösung. In der Literatur herrscht jedoch Uneinigkeit, ob diese Elemente eine Teil-Dimension von Rechtsextremismus darstellen.

Sofern das Monitoring die ausländische Wohnbevölkerung berücksichtigen soll, wäre es zudem erstrebenswert, wenn *Diskriminierungserfahrungen* erhoben würden. Alternativ wird vorgeschlagen, diese periodisch in einer gesonderten Erhebung analog zu einer Pilotstudie des European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC 2006) zu erfassen.

Eine Übersicht der wichtigsten *theoretischen Konzepte* zur Erklärung von Xenophobie und Rechtsextremismus zeigte deren Vielfalt auf. Grundsätzlich ist es sinnvoll, in einem Monitoring Konzepte auf verschiedenen Erklärungsebenen zu berücksichtigen. Eine präzise und umfassende Bestimmung der Gründe von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen erlaubt die Entwicklung von entsprechend zielgerichteten Massnahmen, die auf empirischen Befunden fussen („evidence-based intervention“).

Ein zweiter Punkt der vorliegenden Untersuchung betraf die *Abklärung von vorhandenen Daten in der Schweiz* und die *europäische Vergleichbarkeit* der zu verwendenden Items. Hierzu wurden die Surveys des ESS, Eurobarometer, ISSP, VOX/UNIVOX und GMF-Survey untersucht. Nur gerade das ESS kommt als potentielle europäische Vergleichsbasis für ein Monitoring in Frage, da dieser Survey als einziger Items zur Fremdenfeindlichkeit aufweist,

die regelmässig, d.h. alle zwei Jahre, auch in der Schweiz erhoben werden. Diese Items sollten aufgrund ihrer Exklusivität auf jeden Fall in einem Monitoring berücksichtigt werden.

Die UNIVOX Studien (gfs.zürich) weisen rund zehn Items zur Einstellung gegenüber Ausländern/-innen auf, die zumindest teilweise mit Befragungen aus vergangenen Jahren vergleichbar sind. Es handelt sich vorwiegend um positiv formulierte Einzelfragen, deren Ablehnung als Feindlichkeit ausgelegt werden kann. Es wurden aber keine aus mehreren Items bestehende Skalen verwendet, wie dies aus wissenschaftlicher Sicht wünschbar wäre.

In einem letzten Schritt wurden Möglichkeiten der praktischen Durchführung aufgezeigt. Aufgrund der inhaltlichen Vielfalt der Kernkonzepte und der gewünschten erklärenden Theoriekonzepte wird die Durchführung in einem *eigens dafür zugeschnittenen Surveygefäss* vorgeschlagen.

Als Minimalvariante käme die Anbindung als Modul der UNIVOX Befragungen in Frage, die sich jedoch standardmässig auf Stimmberechtigte beschränken und somit die ausländische Wohnbevölkerung ausschliessen. Dadurch würden die Erfassung von Diskriminierungserfahrungen und interessante Vergleiche zwischen Migrantengruppen entfallen. Diskriminierungserfahrungen von ethnischen Minoritäten könnten, wie oben erwähnt, ergänzend in einer gesonderten Studie periodisch erhoben werden.

Prinzipiell in Frage kämen auch die neuen vom Bundesamt für Statistik geplanten Surveygefässe, was aber zu gegebener Zeit genauerer Abklärungen bedarf.

1. Hintergrund und Auftrag dieser Studie

Im Rahmen des NFP 40+ zum Thema „Rechtsextremismus“ führte ein Team um den in Genf tätigen Soziologen Sandro Cattacin eine repräsentative Befragung unter der Schweizer Wohnbevölkerung zu rechtsextremen Einstellungen, Fremdenfeindlichkeit und Misanthropie durch (Cattacin, Gerber, Sardi, & Wegener, 2006). Die als „explorativ“ bezeichnete Studie stellte gewissermassen einen Versuchslauf zur Erfassung von menschenfeindlichen Einstellungen in der Schweiz dar. Menschenfeindlichkeit wurde als breit gefasstes Konzept gezeichnet, deren gemeinsame Klammer die Abwertung von Personengruppen aufgrund von Vorstellungen von Ungleichwertigkeit ist. Das Konzept beinhaltete neben Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremen Einstellungen in enger Anlehnung an das Projekt der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)“ (Heitmeyer, 2002c) auch Antisemitismus, Islamophobie, sowie die Abwertung von Frauen, Homosexuellen, Obdachlosen, jungen und alten Menschen. Nach ihrer Veröffentlichung wurde diese Studie in der Schweizer Medienlandschaft indes kontrovers diskutiert.

Vor diesem Hintergrund wünschte die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) abzuklären, ob und inwiefern eine Weiterführung eines solchen Monitorings sinnvoll und praktikabel sei. Zu diesem Zweck wurde am 5. September 2006 eine ad-hoc Arbeitsgruppe unter der Ägide von Michele Galizia, Leiter FRB, einberufen, zu der Vertreter/innen des Perspektivestabs der Bundeskanzlei (BK, Hr. Nietlisbach, Hr. Abegglen), des Bundesamts für Migration (BFM, Hr. Gerber), des Bundesamts für Statistik (BFS, Hr. Haug), der Bundespolizei (DAP, Fr. Haas) sowie der Verfasser, als externer Experte, hinzugezogen wurden.

Gemäss Einschätzung der Arbeitsgruppe erwies sich das von Cattacin et al. (2006) vorgeschlagene Konzept der Misanthropie als zu breit, als dass es für ein Monitoring geeignet wäre. Zudem liessen die empirischen Befunde der Studie erkennen, dass die einzelnen Bereiche keine gemeinsame Dimension bilden. Im Anschluss an diese Sitzung erteilte die FRB dem Autor ein Mandat zur Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie, die – neben anderen Faktoren – als Grundlage zur weiteren Entscheidung über eine Weiterverfolgung des Vorhabens dienen kann.

Das erteilte Mandat zur vorliegenden Machbarkeitsstudie umfasste drei Punkte:

1. Festlegung von Fragestellungen, theoretischen Konzepten und Operationalisierung sowie Erörterung des Bedarfs an zusätzlichen Items

Es sollen sinnvolle *Fragestellungen* festgehalten werden, die mit einem Monitoring-Instrument geklärt werden können. Als Kernelemente sollten die folgenden Konzepte im Hinblick auf ein Monitoring untersucht werden:

- Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (unter Einschluss von Antisemitismus und Islamophobie) sowie
- Rechtsextremismus.

Dabei sollen zunächst die zentralen Begriffe im Zusammenhang mit ablehnenden Einstellungen gegenüber bestimmten Gesellschaftsgruppen erfasst werden.

Ferner sollen auch zentrale *theoretische Konzepte* zur Erklärung dieser Einstellungen in einem Überblick aufgezeigt werden.

Hinsichtlich der *Operationalisierung* der Konzepte soll – wo möglich – versucht werden Items zu berücksichtigen, die Verhaltensabsichten (im Sinne von integrationshemmenden Diskriminierungshaltungen) erfassen.

Zudem wurde gewünscht Aspekte der *Gewalt* mit einzubeziehen, einerseits in Form von Opfererfahrungen (d.h. erlittene psychische und physische Gewalt aufgrund einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit), andererseits als gewaltbefürwortende Haltungen.

Zugleich soll sich die Fragensauswahl auch hinsichtlich der *europäischen Vergleichbarkeit* stützen (siehe nächster Punkt).

2. Abklärung von bereits vorhandenen Daten in der Schweiz und europäischer Vergleichbarkeit

Im zweiten Punkt soll abgeklärt werden, welche Daten in der Schweiz bereits vorhanden und allenfalls in ein Monitoring integriert werden könnten. Zudem sollen diese Items mit solchen aus europäischen Umfragen vergleichbar sein. Im vorliegenden Zusammenhang von Bedeutung sind z.B. folgende Erhebungen:

- European Social Survey (ESS)
- Eurobarometer und ISSP (bzw. MOSAiCH),
- UNIVOX und
- Integrationsindikatoren des Bundesamtes für Statistik.

3. Fragen der praktischen Durchführung

Im dritten Bereich sollen primär Fragen nach den anfallenden *Kosten zur Durchführung* eines Monitorings nachgegangen werden, wie etwa:

- Länge des Interviews,
- Anbindung an bestehende Erhebungen (z.B. als Modul bei UNIVOX) sowie der
- Periodizität der Durchführung.

Ferner sollen auch schon Überlegungen nach der Art der Präsentation der einzelnen Datenerhebungen und der Zurverfügungstellung an geeignete Institutionen gemacht werden.

2. Ziele, Inhalt und Methodologie eines möglichen Monitoring-Instruments

2.1. Ziele eines Monitorings

2.1.1. Dauerbeobachtung

Durch die systematische und regelmässige Beobachtung von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen in der schweizerischen Gesellschaft sollen einerseits das Vorkommen dieser negativen Einstellungen und andererseits deren Veränderungen über die Zeit aufgezeigt werden. Als Kernkonzepte für die Langzeitbeobachtung wurden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Xenophobie) allgemein, aber auch die Abwertung von religiösen Gruppen in Form des Antisemitismus und der Islamophobie sowie rechtsextreme Einstellungen definiert. Es können somit Tendenzen erkennbar gemacht werden, inwieweit die Schweizer Bevölkerung bestimmten Minderheiten gegenüber negativ gesinnt ist.

Darüber hinaus ergibt sich durch die Erfassung von rechtsextremen Einstellungen die Möglichkeit, analog zur Cattacin et al. (2006) Studie, das Potential in der Bevölkerung einzuschätzen, das politische Extrempositionen vertritt. Fasst man Rechtsextremismus als einen Gegenpol zur konstitutionellen Demokratie auf, ist eine präzise Einschätzung des *Potentials* antidemokratischer Kräfte von „rechts“ im Land möglich. Von einem Potential ist deshalb zu sprechen, da rechtsextreme Orientierungen nicht automatisch auch zu rechtsextremen Handlungen führen (Winkler, 1996, 46).

Dies soll keineswegs ausschliessen, dass nicht auch *linksextreme* Gruppen fremdenfeindliche oder antidemokratische Einstellungen aufweisen können. Dies ist jedoch nicht das primäre Ziel dieses Monitorings (siehe dazu Überlegungen in Kap. 7).

2.1.2. Bestimmung der Gründe von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen

Durch die alleinige Erhebung der Meinungen können zwar zeitliche Veränderungen festgestellt werden, doch liefert dies keine Hinweise auf die Gründe für die Zu- oder Abnahme eines spezifischen Phänomens. Der Beizug von *erklärenden Konzepten* erlaubt es, die jeweilige Erklärungskraft nicht nur im Querschnitt, sondern auch über die Zeit hinweg einzuschätzen. So können Zusammenhänge mit soziodemografischen und -ökonomischen Variablen sowie mit soziologischen und sozialpsychologischen Erklärungskonzepten geprüft werden.

Durch die systematische Bestimmung von Gründen für Fremdenfeindlichkeit eröffnen sich nicht zuletzt die Gelegenheit zur Entwicklung von gezielten *Ansätzen für Interventionsmassnahmen*, die auf empirisch gesicherten Befunden fussen („evidence-based intervention“).

2.2. Welche Phänomene können in einem Monitoring gemessen werden?

Es muss an dieser Stelle betont werden, dass ein Monitoring v.a. für die Erhebung von Einstellungen und weniger von realem Verhalten geeignet ist. Es ist nicht zulässig von feindlichen Einstellungen im Sinne eines Automatismus' auf entsprechendes Verhalten (Diskriminierung, fremdenfeindliche Gewalt) zu schliessen. Vielmehr zeigte die einschlägige Forschung, dass nur lose Zusammenhänge bestehen (siehe unten).

Ein Monitoring ist also unbrauchbar zur Einschätzung der Anzahl Personen, die strafrechtlich relevante, rassistisch motivierte Taten verübten. Diesbezüglich zeigte die Forschung, dass diese überwiegend von männlichen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen verübt werden,

die über eine obligatorische Schulbildung verfügen (Eckert, Willems, & Würtz, 1996, 153). Hierzu müssten spezifische Untersuchungen vorgenommen werden.

2.2.1. Zusammenhang zwischen Einstellungen, Verhaltensintentionen und realem Verhalten

In der sozialpsychologischen Forschung werden Einstellungen klassischerweise durch drei Dimensionen definiert: *kognitiv* (auf die Wahrnehmung, das Denken bezogen), *affektiv* (auf Gefühle bezogen) und *konativ* (auf das Verhalten bezogen) (Rosenberg & Hovland, 1960).

Die Forschung zum Zusammenhang zwischen Einstellungen und Verhalten zeigte schon in den 1960er Jahren, dass dieser eher schwach ist. Eine Meta-Analyse von rund 400 berücksichtigten Studien fand eine durchschnittliche Korrelation von $r = .30$ (Eckes & Six, 1994). Je nach Objektbereich ist die entsprechende Kongruenz aber höher oder tiefer und liegt zwischen $r = .15$ (abweichendes Verhalten) und $r = .50$ (Drogenmissbrauch, sozialpolitische Aktivität, Gerichtsurteile, politisches Wahlverhalten, Konsumverhalten bis zu Problemlöseverhalten). Der Zusammenhang für Diskriminierungsverhalten ist auch schwach (unter .30).

Aufgrund dieser schwachen Zusammenhänge entwickelten Fishbein und Ajzen ihre Theorie des geplanten Verhaltens (Ajzen, 1988; Fishbein & Ajzen, 1975). Damit soll das Verhalten aus Einstellungen erklärt werden. Es sind Handlungstheorien, die prinzipiell auf verschiedene Objektbereiche angewendet werden können. Während die klassische Einstellungsforschung *Einstellungen zum Objekt* untersuchte, erfasst die Theorie des geplanten Verhaltens *Einstellungen zum Verhalten*.

Zentral bei der Theorie des geplanten Verhaltens ist die *Verhaltensintention*, die als direkte Determinante des Verhaltens im Sinne einer Verhaltensmotivation konzipiert wird und die durch die folgenden drei Elemente (die zudem je spezifisch gewichtet werden) bestimmt ist:

- Subjektive Norm (subjektiv gewichtete Annahmen einer Person darüber, was wichtige Referenzpersonen in Bezug auf das in Frage stehende Verhalten erwarten)
- Einstellung zum eigenen Verhalten (analog zur evaluativen Dimension der klassischen Einstellungskonzeption)
- Wahrgenommene Verhaltenskontrolle (Annahmen über Bedingungen, welche die tatsächliche Durchführung des Verhaltens erleichtern oder hemmen)

Die Items der Einstellungskomponenten dieser Theorie (v.a. Einstellung zum eigenen Verhalten) weisen aber in der empirischen Umsetzung stark instrumentellen und planerischen Charakter auf und sind nicht mehr als Einstellungen im herkömmlichen Sinn zu betrachten. Empirisch ist diese Theorie angesichts der thematischen Vielfalt des Monitorings und der Schwierigkeit spezifische Verhaltensweisen zu identifizieren fast nicht umsetzbar.

Dennoch können auch mit dem klassischen Einstellungskonzept Einstellungen erfasst werden, die nah an einem spezifischen Handlungsbereich formuliert die Erklärungskraft erhöhen. In Bezug auf Vorurteile bzw. Fremdenfeindlichkeit sind dies Fragen zur *Diskriminierungsabsicht* (s. u. Kap. 4.1.1.).

2.2.2. Normativität von Items

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind *sensible, tabubeladene* Themen. Entsprechend besteht generell das Problem des Antwortverhaltens aufgrund der *sozialen Erwünschtheit*. Aufgrund des Umstands, dass sich heutzutage aufgrund der gesellschaftlichen Norm von „political correctness“ nur die wenigsten Personen als Rassisten offenbaren, versuchte man Fragen zu entwickeln, die „modernere“ (sprich: weniger offene) Formen des Rassismus erfassen können. Rassismus werde höchstens „verklauusliert“ geäußert.

In den USA wurde dazu die „*modern racism scale*“ entworfen, die Vorurteile gegenüber Schwarzen zu erfassen versucht (McConahay, Hardee, & Batts, 1981). Angeknüpft wird

dabei an der Ambivalenz, die viele Weiße Schwarzen gegenüber hegten: einerseits empfänden sie negative Gefühle, andererseits wollten sie dem Ideal von political correctness entsprechen und folglich Vorurteile öffentlich weniger äussern. Ein Item lautet z.B.: „Schwarze fordern zu viel bei ihren Vorstößen für gleiche Rechte“ (Blacks are getting too demanding in their push for equal rights). Die Skala wird zwar als relativ „non-reaktiv“ bezeichnet, ist aber immer noch gut durchschaubar im Ziel Einstellungen gegenüber Schwarzen zu erfassen und deshalb vor sozialer Erwünschtheit ebenfalls nicht gefeit (Ajzen, 2002). Dennoch weist eine ähnliche Skala, die „Symbolic Racism 2000 Scale“ (Henry & Sears, 2002), eine gute Qualität auf hinsichtlich interner Konsistenz, aber auch externer Diskriminanz. Diese Skalen wurden aber in Europa nur selten verwendet, obwohl der US-Fokus auf Schwarze einfach auf europäische Äquivalente übertragen werden könnte.

Ein ähnliches Konzept, das „neutrale“ Formen des Rassismus abzudecken versucht, ist die „soziale Dominanz-Orientierung“ (SDO, auch soziales „Dominanzstreben“ genannt), die in den letzten Jahren vermehrt beachtet wurde (zum Folgenden siehe De Weerd, De Witte, Catellani, & Milesi, 2004, 10). Dieses Konzept stammt von Pratto, Sidanius, Stallworth und Malle (1994) und erfasst, inwiefern eine Person egalitäre oder hierarchische Beziehungen zwischen Gruppen bevorzugt. Es misst einerseits wie stark Personen geneigt sind, Gruppen entlang einer Überlegenheits- bzw. Unterlegenheitsdimension zu klassifizieren, andererseits wie stark sie Politiken unterstützen, die auf den Erhalt von sozialer Ungleichheit abzielen. Ursprünglich als Teil des Autoritarismus-Konzepts angesehen, zeigte die spätere Forschung, dass es mit diesem keinen Bezug aufwies. Vielmehr erwies es sich als unabhängig, aber stark assoziiert mit konservativen Haltungen wie Nationalismus, „hard-line crime fighting“, Unterstützung für Militärprogramme u.a. Die SDO-Skala wurde z.B. im europäischen SIREN-Projekt zu Rechtsextremismus verwendet sowie ein Teil der Items im mehrjährigen GMF-Survey in Deutschland. Zur Illustration sind die englischen Items nachfolgend aufgelistet (Pratto, Sidanius, Stallworth, & Malle, 1994):

Appendix A

Items on the Social Dominance Orientation Scale

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Some groups of people are simply not the equals of others. 2. Some people are just more worthy than others. 3. This country would be better off if we cared less about how equal all people were. 4. Some people are just more deserving than others. 5. It is not a problem if some people have more of a chance in life than others. 6. Some people are just inferior to others. 7. To get ahead in life, it is sometimes necessary to step on others. 8. Increased economic equality. 9. Increased social equality. | <ol style="list-style-type: none"> 10. Equality. 11. If people were treated more equally we would have fewer problems in this country. 12. In an ideal world, all nations would be equal. 13. We should try to treat one another as equals as much as possible. (All humans should be treated equally.) 14. It is important that we treat other countries as equals. <p style="font-size: small; margin-top: 10px;">All items were measured on a <i>very negative</i> (1) to <i>very positive</i> (7) scale. Items 8–14 were reverse-coded. The version of Item 13 in parentheses was used in Samples 5–12. The order of items differed from above and across samples.</p> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Auch Cattacin et al. (2006, 73) befürworten, dass Items „politisch korrekt“, d.h. nicht rassistisch eingefärbt, formuliert sein sollten. Als Beispiel wird das auch im deutschen ALLBUS verwendete Item „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollen die Ausländer nach Hause geschickt werden“ angeführt.

Gewisse Items (wie z.B. dass Ausländer/innen die Arbeitslosigkeit erhöhen, oder dass es schlimm ist, wenn Frauen aus religiösen Gründen das Kopftuch tragen) sind m.E. jedoch mehrdeutig, d.h. Personen können aus unterschiedlichen Positionen zustimmen oder ablehnen, so dass die Zustimmung zu einem Item nicht klar als Fremdenfeindlichkeit attribuiert werden kann. Insofern wird dennoch für die Verwendung von *eindeutig formulierten Items* (ein Gebot bei der Itemkonstruktion) plädiert. Je nach Länge des Fragebogens könnten zwei Facetten erfasst werden, einerseits eine relativ neutrale Skala (z.B. Zustimmung zur

erleichterten Einbürgerung), andererseits eine Skala, die stärker die Feindlichkeitsdimension misst (z.B. Ausländer/innen zurückschicken, wenn Arbeitsplätze knapp werden).

Ferner sollten, wie auch Cattacin et al. (2006) vorschlagen, zur Vermeidung von Ja-Sage-Tendenzen sowohl *negative als auch positive Itemformulierungen* verwendet werden.

2.2.3. Erfahrene Gewalt und Gewaltausübung

Die Erhebung selbst erfahrener Gewalt von Personen weist in der Kriminologie eine lange Tradition in Form von Opferbefragungen auf, die in den USA seit Ende der 1960er Jahre, in der Schweiz seit 1984 durchgeführt werden (Killias, Virnot, Grandjean, Collis, & Spoerli, 1986; ausführlich für die Schweiz: Schwarzenegger, 1992). Angesichts der nur selektiven Realität von polizeilich registrierten Taten, haben sich Opferbefragungen als Mittel zur präziseren Bestimmung des realen Ausmasses an Kriminalität bewährt (Erhellung des Dunkelfelds).

Zur Validität von Opferbefragungen kann festgehalten werden, dass „nonresponse“ gerade unter jenen Personen vorkommt, die ein hohes Opferrisiko haben – vermutlich Personen der unteren sozialen Schichten oder ohne festen Wohnsitz („lifestyle“-These). Andererseits wird vermutet, dass Personen, die tatsächlich Opfer wurden, vermehrt teilnehmen, da sie dies unbedingt mitteilen wollen („eager-to-tell“-These) (Stangeland, 1996). Der Einfluss beider Effekte ist unklar.

Eingeschränkt wird die Validität ferner durch unpräzise Frageformulierungen oder durch das unterschiedliche Erinnerungsvermögen der Befragten. So werden zurückliegende Erfahrungen weniger gut erinnert als erst kürzlich erfolgte (mit Ausnahme von schwerwiegenden Ereignissen). Ferner kann es sein, dass traumatische Erlebnisse wie sexuelle Gewalt nicht berichtet werden aus Scham oder zur Vermeidung an die erneute Erinnerung daran. Meist werden Opfererfahrungen in Bezug auf das letzte Jahr erhoben, um ein vergleichbares Mass zu erhalten.

Diese Faktoren sind wichtig bei der Interpretation der Ereignisse und v.a. bei Vergleichen von Studien, die mit verschiedener Erhebungsmethoden (Telefon vs. face-to-face) durchgeführt wurden. Grundsätzlich steht m.E. der Erfassung von Opfererfahrungen durch fremdenfeindliche Gewalt aber nichts im Wege.

Hingegen sind meines Erachtens grosse Vorbehalte gegenüber der Erfassung von *aktiv ausgeübter* Gewalt im Allgemeinen und fremdenfeindlich motivierter im Speziellen in einem Monitoring-Instrument anzubringen. In einem grossen Bevölkerungssurvey würde dies von den Befragten nicht goutiert und in Bezug auf letztere Form ist es kaum realistisch, dass jemand solche Taten am Telefon (geschweige denn in einem persönlichen Interview) offen zugibt.

Darüber hinaus sind solche Gewalthandlungen zu seltene Ereignisse, als dass die Erfassung durch einen repräsentativen Survey Sinn machte. Hier stehen gewiss geeignetere Wege offen, wie z.B. Medienanalysen, oder „Fall-Sammlungen“ von Anti-Rassismus-NGO's.

Machbar ist indessen die Erhebung der *persönlichen Gewaltbereitschaft* und *Gewaltakzeptanz* (Bsp. „Um mich durchzusetzen, muss ich schon mal Gewalt anwenden“). Dieses Element ist auch zentral für die Definition von Rechtsextremismus im Konzept von Heitmeyer et al. (1995).

2.3. Methodologische Anforderungen an ein Monitoring-Instrument

An dieser Stelle sollen auf ein paar kritische Punkte aufmerksam gemacht werden, die im vorliegenden Zusammenhang wichtig sein könnten.

2.3.1. Stichprobe

Zentrales Qualitätsmerkmal eines Monitoring-Surveys ist die *Repräsentativität*, d.h. wie gut die befragte Stichprobe die Grundgesamtheit abzubilden vermag, um Schlüsse von der Stichprobe auf die Gesamtheit zu erlauben. In unserem Fall ist es klar, dass die Wohnbevölkerung der Schweiz die Grundgesamtheit darstellen soll.

Soll analog zu Cattacin et al. (2006) die ausländische Wohnbevölkerung auch in angemessener grosser Zahl vertreten sein, muss eine überproportionale Vertretung (*oversampling*) dieser Spezialgruppen erzielt werden.

Im übrigen muss darauf hingewiesen werden, dass auch in der Cattacin et al. (2006) Studie all jene Personen, die kürzer als fünf Jahre in der Schweiz wohnhaft waren, ausgeschlossen wurden, da sich gewisse Fragen (z.B. zu Arbeitslosigkeit) auf Erfahrungen der letzten 5 Jahre bezogen.

Hier sind auch Überlegungen zum Verständnis des Fragebogens anzubringen. Entscheidet man sich aus Kostengründen, den Fragebogen in drei Landessprachen zu übersetzen, wird derjenige Teil der ausländischen Wohnbevölkerung, die diesen nicht oder nicht genügend mächtig ist, *systematisch* ausgeschlossen.

Zudem ist bekannt, dass ethnische Minoritäten generell schlecht durch Befragungen erreicht werden (Couper & Leeuw, 2003). Dieser erhöhte „Nonresponse“ ist zum einen sicherlich sprachlichen Schwierigkeiten zuzuschreiben, zum andern aber auch anderen Faktoren, wie dem Umstand, dass man Zweifel an der Anonymität hat und lieber nichts mit vermeintlich „offiziellen Stellen“ zu tun haben möchte. Hier müssten zielgerichtete Massnahmen zur besseren Erreichbarkeit von ethnischen Minderheiten getroffen werden. Dies ist jedoch kein Schweizer Phänomen, alle vergleichbaren, grossen europäischen Surveys kämpfen damit.

Hinsichtlich der anzuwendenden *Methode der Stichprobenziehung* soll wie in den meisten Surveys verfahren werden. In bestehenden Umfragen wird oftmals eine geschichtete Zufallsauswahl getroffen (multistage, random quota), wobei in einem ersten Schritt Gemeinden nach Sprachregion gezogen werden, zweitens die Haushalte in den Gemeinden, und schliesslich innerhalb der Haushalte zufällig die zu befragende Person ausgewählt wird.

Die Repräsentativität der grossen Surveys ist leider oft beschränkt. Grosse Bevölkerungsumfragen haben einen Rücklauf von etwa 20-30%. Der Eurobarometer in der Schweiz 2000 z.B. realisierte eine Bruttostichprobe von n=6875 und eine Nettostichprobe von n=3902. Die Anzahl durchgeführter Interviews betrug dann noch n=1004, der entsprechende Rücklauf betrug 26%.

Der Rücklauf wie auch die Verweigerungsrate variieren auch zwischen europäischen Ländern beträchtlich, wie folgende Tabelle zeigt. Schlüsse auf die Gesamtheit, wie auch Vergleiche mit Europa, sollten also prinzipiell vorsichtig angegangen werden.

Tabelle 1 Rücklauf und Verweigerungsrate verschiedener europäischer Länder beim European Social Survey (nur Telefoninterviews)

Country		Contact Description Form				National Technical Summary				N ²
		R	NC	REF	N ¹	R	NC	REF	N ¹	
FI	%	73.3	1.6	20.9	2728	73.2	3.9	19.0	2732	2766
GR	%	79.6	1.7	16.9	3222	80.0	2.7	16.1	3209	3227
HU	%	70.3	6.7	15.1	2398	69.9	6.8	13.9	2412	2484
IR	%	64.4	10.8	22.9	3179	64.5	9.8	19.7	3128	3185
IL	%	70.9	3.0	21.3	3523	70.9	5.8	21.8	3520	3600
NL	%	67.8	2.5	26.2	3486	67.8	2.7	24.9	3484	3570
PL	%	72.2	2.1	19.6	2921	73.2	2.1	19.8	2881	2978
PT	%	68.8	3.2	26.9	2196	68.8	2.8	25.8	2196	2366
SI	%	71.8	5.3	15.3	2114	72.1	5.1	17.6	2107	2175
ES	%	53.6	8.0	35.3	3227	53.2	11.0	32.1	3249	3657
CH	%	33.0	2.0	55.1	4652	33.2	1.6	55.3	4623	5086
UK	%	55.0	3.8	30.6	3730	55.5	4.9	33.2	3696	4013

N¹: total eligible sample size, N²: total issued sample, R=response rate, NC=non-contact rate, REF= refusal rate

Quelle: Phillipens & Billiet (2004)¹

2.3.2. Erhebungsmethode

In grossen Umfragen kommen entweder persönliche (face-to-face) oder telefonische Interviews zum Zug. In der Literatur wird dies meist mit CAPI (computer assisted personal interview) und CATI (computer assisted telephone interview) abgekürzt. In methodologischer Hinsicht ist festzuhalten, dass in der persönlichen Begegnung von Interviewer/in und Befragtem/r die Interviewer-Merkmale (Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft) das Antwortverhalten der Befragten beeinflussen können, was bei Telefoninterviews weitaus weniger vorkommt. Für Telefoninterviews spricht zudem die eindeutige Kosteneffizienz.

Für persönliche Interviews kann vermutet werden, dass eine bessere Abdeckung erreicht werden kann, da auch Personen, die überhaupt kein Telefon haben (z.B. Marginalisierte), nur noch ein Mobiltelefon (eher Jüngere) oder deren Nummer nicht verzeichnet ist (eher Oberschicht), zuhause erreicht werden können. In Bezug auf Marginalisierte bzw. Oberschichtsangehörige sind dies allerdings eher theoretische Überlegungen. Es ist allgemein davon auszugehen, dass grosse Bevölkerungsumfragen einen *Mittelschichtsbias* aufweisen, d.h. dass die Mittelschicht im Vergleich zum realen Gesellschaftsanteil in den Daten systematisch übervertreten ist, und die Unter- bzw. Oberschicht untervertreten sind (Hartmann, 1990).

Das Eurobarometer und ISSP erforschten Unterschiede nach dem Survey-Modus (Saris & Kaase, 1997). Festgehalten wurde, dass weniger Abdeckungsunterschiede (coverage differences), sondern v.a. die praktische Durchführung (d.h. die Organisation der Feldarbeit) für Unterschiede verantwortlich ist. Ferner existierten aber auch reine Modus-Effekte.

¹ <http://www.europeansocialsurvey.org> > Methodological Research > Non-response > "Data-based quality assessment in ESS - Part 2 - Non-Response and fieldwork efforts in the ESS: Results from the analysis of call record data".

2.3.3. Fragebogen-Design

Hinsichtlich der möglichen Effekte des Fragebogendesigns kann auf folgende Punkte hingewiesen werden.

Framing des Items: Bezieht sich darauf, wie die Frage oder der Stimulus 'eingerahmt' ist, d.h. wo die Betonung liegt. So macht es z.B. einen Unterschied, ob die Frage lautet: „Öffentliche Reden gegen die Demokratie sollten erlaubt sein“ oder „Öffentliche Reden gegen die Demokratie sollten verboten sein“ (Ajzen, 2002).

Ebenso kann die Bestimmung von fremdenfeindlichen Einstellungen unterschiedlich ausfallen, ob man sie als Bejahung eines explizit negativen Stimulus (Ausländer zurück schicken, wenn Arbeitsplätze knapp) oder als Ablehnung eines positiven Stimulus erfasst (Familiennachzug für alle Ausländer erlauben).

Oftmals werden *Fragebatterien*, d.h. Abschnitte mit mehreren Items zum gleichen Thema, verwendet. Das Problem hierbei kann darin bestehen, dass es für die Befragten offensichtlich wird, was abgefragt werden soll und sie dann über-konsistent antworten. Deshalb verwendet man oftmals auch umgekehrt bzw. gegenteilig formulierte Items, denen dann, um konsistent zu antworten, nicht zugestimmt werden müsste. Praktisch ist es leider manchmal so, dass in Faktoranalysen diese umgekehrten Items eine eigene Dimension (=Faktor) bilden, die man auch als methodischen Artefakt bezeichnen könnte. Dennoch spricht es prinzipiell dafür, dass man eine ausgewogene Mischung aus positiven und negativen Items pro Skala verwendet, um die Befragten auch nicht mit nur Negativem zu konfrontieren.

Ein anderer Aspekt ist die *Skalenqualität* von zusammengefassten Items. Grundsätzlich gilt aus teststatistischer Sicht: je mehr Items, desto valider wird das Phänomen/Konzept gemessen, da die Messfehler sich auch über mehrere Fragen verteilen. Dazu gibt es keine absoluten Kriterien, aber die Verwendung von 4-7 Fragen pro Dimension ist geläufig. Die Verwendung von nur zwei Items pro Dimension ist m.E. nur dann zulässig, wenn aus Platzgründen nur die zwei Besten (d.h. diejenigen mit der höchsten Faktorladung bzw. Korrelation mit der Skala) verwendet werden können. Dazu sind aber Pretests nötig, die solche Werte aufzeigen.

Die Güte einer Skala erschliesst sich einerseits durch die interne Konsistenz (*Reliabilität*), d.h. wie gut die Items untereinander korrelieren, was entweder durch eine Faktoranalyse oder Skalenanalyse gemacht werden kann. Der geläufigste Wert der Skalenanalyse ist Cronbach's alpha, das möglichst nahe an 1 liegende Werte aufweisen sollte (Faustregel: grösser als .70). Das Problem dabei ist, dass das alpha mit zunehmender Anzahl Items automatisch grösser wird. Ein alpha von .50 kann bei nur zwei Items (was in diesem Fall der einfachen Korrelation entspricht) knapp genügend sein (gemeinsame Varianz von 25%), bei sieben Items hingegen sicher nicht.

Weitaus schwieriger einzuschätzen ist die *diskriminante Validität*, d.h. inwiefern das Konstrukt z.B. aufgrund von theoretischen Annahmen negativ oder positiv mit anderen Konstrukten zusammenhängt.

3. Begriffsdefinitionen und theoretische Erklärungsmodelle

In diesem Abschnitt werden zunächst die Definitionen der theoretischen Konzepte bzw. Begriffe erläutert. Danach werden zentrale Erklärungsmodelle aus der Literatur dargestellt.

Bei der Darstellung der bestehenden Erklärungsmodelle werde ich mich auf die wichtigsten beschränken, wobei punktuell auch Fragen der empirischen Umsetzbarkeit diskutiert werden sollen.

3.1. Begriffsdefinitionen

3.1.1. Vorurteile, Stereotype und Diskriminierung

Exakte begriffliche Definitionen sind besonders im Bereich der Vorurteilsforschung wichtig, da der Begriff Vorurteil im alltäglichen Sprachgebrauch oft benutzt und mit verschiedenen Bedeutungen versehen wird.

Einer der Klassiker im Gebiet der Vorurteilsforschung, Gordon W. Allport, definiert das Vorurteil als *Gefühl*. Es handle sich um „a feeling, favorable or unfavorable, toward a person or thing, prior to, or not based on, actual experience.“ (Allport, 1954, 7 [1971]). Heutzutage werden Vorurteile nicht als Gefühle, sondern als *Einstellungen* definiert. Nach Gergen und Gergen (1986, 125) etwa weisen Einstellungen und somit auch Vorurteile verschiedene Komponenten auf. Die *kognitive* Komponente besteht aus den Konzepten und Wahrnehmungen, die eine Person gegenüber einem Objekt hat. Eine zweite Komponente von Einstellungen ist *affektiv* und besteht aus den Gefühlen, die eine Person gegenüber dem Objekt hegt. Vorurteile werden im Allgemeinen als negative Einstellungen gegenüber bestimmten Personengruppen definiert, obwohl durchaus auch positive Einstellungen unter die Definition fallen würden. Die letzte Komponente ist *verhaltensbezogen* (konativ) und besteht aus der Neigung, sich in einer bestimmten Art und Weise gegenüber einem Objekt zu verhalten. Ein Vorurteil wird demzufolge als Bereitschaft definiert, auf eine Person in positiver oder negativer Art zu reagieren auf der Basis ihrer Mitgliedschaft in einer Klasse oder Kategorie.

Der Begriff der „*Stereotypen*“ geht auf Lippman (Public Opinion, 1922) zurück, der festhielt, dass Menschen ein vereinfachtes Bild von anderen entwerfen, um die Komplexität der Umwelt zu reduzieren. Stereotype zeichnen sich durch eine Persistenz und Rigidität aus, die Charakterzuschreibungen ermöglichen, die nicht per se auf einem Irrtum gründen müssen. Stereotypisierung wurde im Verlauf der Zeit unterschiedlich definiert (Steins & Rudolph, 1994), im wesentlichen zielen sie auf die inkorrekte Generalisierung (Allport) z.B. hinsichtlich ethnischer Gruppen. Stereotype erscheinen als Zuschreibung fester Eigenschaften, die von aussen stehenden Personen als ungerechtfertigt bewertet werden. Damit stellen sie die Wissensbasis dar, auf der Vorurteile gebildet werden.

Die Begriffe Stereotyp und Vorurteil sind begrifflich nur schwer voneinander zu trennen und müssen als relativ eng miteinander verbunden gesehen werden. Während Vorurteile meist als Einstellungen verstanden werden, herrscht Konsens, dass Stereotype Überzeugungen darstellen: „It will be argued that the concepts of ‚stereotype‘ and ‚prejudice‘ are closely related and that prejudice as a negative attitude towards an outgroup or the members of that group is usually based on a negative stereotype, that is, on beliefs that associate that group with predominantly negative attributes“ (Stroebe & Insko, 1989, 4).

Stereotypen liefern die Codes (den Menschen zugeschriebene Attribute) für die Kategorisierung. Die Zuordnung von Stereotypen zeigt voreingenommenen Personen die gesellschaftlich anerkannten und zugänglichen Ziele für das Freisetzen von Feindseligkeit und Aggression auf (Ehrlich, 1979). Stereotypen können für ein Individuum also funktional sein,

weil sie eine Rationalisierung für den Umgang mit einer Gruppe erlauben: „a stereotype is an exaggerated belief associated with a category. Its function is to justify (rationalize) our conduct in relation to that category“ (Allport 1954, 187).

Ein wichtiger Punkt ist die Unterscheidung der Begriffe Vorurteil und *Diskriminierung*: Während mit Vorurteil eine Haltung oder Einstellung gemeint ist, bezeichnet Diskriminierung ein *Verhalten* (Gergen & Gergen, 1986, 124). Ein Vorurteil wäre die Überzeugung, Schwarze seien dümmer als Weisse. Um Diskriminierung würde es sich handeln, wenn Schwarzen der Zutritt zu einem Restaurant verwehrt würde. Das Verhältnis von Vorurteil und Diskriminierung kann also nach dem allgemeineren Verhältnis von Einstellung und Verhalten modelliert werden.

In der Perspektive der sozialpsychologischen Gruppenforschung wird von „intergroup bias“ (Voreingenommenheit zwischen Gruppen) gesprochen (Hewstone, Rubin, & Willis, 2002). Diese bezieht sich auf die systematische Tendenz, wonach die eigene Gruppenzugehörigkeit (in-group) oder deren Mitglieder besser bewertet werden als andere Gruppenzugehörigkeiten (out-group) oder deren Mitglieder. Genauer gesagt, wird die Eigengruppe bevorzugt und die Fremdgruppe abgewertet. Dieser bias umfasst Einstellungen (Vorurteile), Kognitionen (Stereotypisierung) und Verhaltensweisen (Diskriminierung) (Hewstone, Rubin, & Willis, 2002, 576).

Von Diskriminierung kann dann gesprochen werden, wenn eine Person aufgrund eines ihr angeborenen (Geschlecht, Hautfarbe) oder zugeschriebenen Merkmals (Drogenkonsument) gegenüber einer Person, die dieses Merkmal nicht aufweist, benachteiligt wird. Beispiele sind Lohndiskriminierung, Verweigerung des Zutritts zu Gaststätten, etc. Sofern es sich um staatliche Dienstleistungen (Renten, Auskunft, etc.) handelt, spricht man auch von institutioneller Diskriminierung (Gomolla & Radtke, 2002). Im Englischen wird dafür der Begriff des „institutional racism“ verwendet (Macpherson of Cluny, 1999).

Wenn im vorzuschlagenden Monitoring Fragen zur *Diskriminierungsabsicht* berücksichtigt werden sollen, ist es wichtig festzuhalten, dass die Fragen eigentlich immer noch Einstellungen messen, nämlich Einstellungen zum eigenem Verhalten.

Beispiele für Items, die eine diskriminierende Verhaltensabsicht ausdrücken, seien aus dem GMF-Survey genannt. Dort wurde die Zustimmung zu folgenden Statements erfragt:

„Ich hätte Probleme in eine Gegend zu ziehen, in der viele...

a) Ausländer leben, b) Muslime leben, c) Türken leben.“ Oder

„Ich werde nur solche Parteien wählen, die gegen den weiteren Zuzug von ...

a) Ausländern sind, b) Muslimen sind, c) Türken sind.“ (Wolf, Schlüter, & Schmidt, 2006, 77).

3.1.2. *Rassismus*

Die wesentlichen Definitionsmerkmale von Rassismus sind im folgenden Zitat aufgeführt:

„Rasse ist ein biologischer Begriff, der darauf verweist, dass es von einer Spezies oder Gattung (z.B. dem Menschen) mehrere verschiedene Arten oder Rassen gibt, die sich durch vererbliche äußerliche Merkmale unterscheiden lassen. Der (politische, soziale) Rassismus nimmt diese äußerlichen Merkmale auf, überhöht sie in Bezug auf die eigene Rasse und wertet sie in Bezug auf andere Rassen ab; er fördert damit das Überlegenheitsgefühl und erzeugt Vorurteile, Ablehnung und Feindseligkeit gegenüber anderen Rassen. Alle Formen des Rassismus übersehen (bzw. leugnen), dass 1) die Spezies Mensch zwar über bestimmte erblich erworbene Anlagen verfügt, die aber immer in der (politischen, sozialen, ökonomischen) Umwelt geformt werden und 2) die Unterschiede innerhalb einer Rasse größer sind, als die Unterschiede zwischen den Rassen.“ (Schubert & Klein, 2006).

Ein verwandter und oft in der Literatur anzutreffender Begriff ist der des „Ethnozentrismus“ (ethnos: griech. Volk, Volks-). Er bezeichnet „eine politische Einstellung, die die Werte (z.B.

Religion) und die Besonderheiten (z.B. Hautfarbe) der eigenen Volksgruppe (Ethnie) über die anderer Völker stellt bzw. zur Bewertungsgrundlage nimmt.“ (Schubert & Klein, 2006).

Heitmeyer (2002a) definiert Rassismus als „jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die die Abwertung von Gruppenangehörigen fremder Herkunft auf der Basis konstruierter ‚natürlicher‘ Höherwertigkeit der Eigengruppe vornehmen. Es ist der Versuch, eine Dominanz gegenüber Gruppen auszuüben, die u.a. auch an biologischen Unterschieden festgemacht werden.“ (2002, 20).

Zentrale Merkmale sind also die Ideologie von der Höherwertigkeit der eigenen Gruppe/Rasse/Ethnie und die Ablehnung und Feindlichkeit gegenüber anderen Gruppen.

Im GMF-Survey z.B., wird das Phänomen Rassismus durch die Zustimmung zu folgenden Auffassungen ermittelt:

- „Die Weissen sind zu Recht führend in der Welt“ und
- „Es gibt Gruppen in der Bevölkerung, die weniger wert sind als andere.“

3.1.3. Fremdenfeindlichkeit

Als Fremdenfeindlichkeit bzw. Xenophobie werden allgemein negative Einstellungen zu allem „Fremden“, z.B. Personen fremder ethnischer Herkunft bezeichnet (Stolz, 2000). In Umfragen werden meist Einstellungen in Bezug auf „Ausländer/innen“ generell oder Immigranten erfragt. Im GMF-Survey bezieht sich Fremdenfeindlichkeit auf die negative Einstellung zu „Gruppenangehörigen fremder ethnischer Herkunft“.

Fremdenfeindlichkeit kann sich in Bezug auf verschiedene Themen äussern, wie etwa Gefühle der Überfremdung, Konkurrenz um knappe Güter, Bedrohung von kultureller Identität.

Entsprechend empirisch erfasst wird Fremdenfeindlichkeit durch die Zustimmung zu der Auffassung, dass zu viele Ausländer/innen im Land leben oder dass Ausländer/innen zurückgeschickt werden sollen, wenn die Arbeitsplätze knapp werden im Land.

Strittig bleibt die Frage, ab wann man von Feindlichkeit reden kann oder soll. Es gibt eindeutig formulierte Items, die m.E. den Aspekt der Feindlichkeit gut treffen. Ein solches Item ist z.B. sinngemäss, dass Ausländer/innen die Sozialsysteme ausnutzen. Problematisch wird es, z.B. bei Items die von den Ausländern/-innen eine bessere Assimilation verlangen, da hier die paradigmatischen Positionen der Migrationsdiskussion tangiert werden (Assimilation vs. Multikulturalismus) und letztlich eine Normativität mitschwingt.

Grundsätzlich muss klargestellt werden, welche Definition von Feindlichkeit in einem Monitoring verwendet worden ist, und diese muss klar kommuniziert werden.

3.1.4. Antisemitismus

Antisemitismus (AS) kann allgemein als Sammelbegriff für Einstellungen und Äusserungen, die sich gegen Personen jüdischen Glaubens richten, verstanden werden (Judenfeindlichkeit, Judenhass). In der Literatur kann zwischen alten, ‚klassischen‘ Formen des AS und ‚neueren‘ Formen, die sich auf den Umgang mit der Shoa (‚sekundärer AS‘) sowie der *Israelkritik* (‚israelbezogener AS‘) beziehen, unterschieden werden (Heyder, Iser, & Schmidt, 2005). Da die offene antisemitische Einstellung durch die Nazi-Verbrechen diskreditiert und tabuisiert wurde, können antisemitische Einstellungen über die ‚harmloseren‘ Formen des sekundären AS sowie der *Israelkritik* geäussert werden. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (Eidgenössische Kommission gegen Rassismus, 1998) hält ebenfalls fest, dass zwischen dem rechtsextremen AS und einem alltäglichen, unorganisierten und unideologischen AS unterschieden werden müsse.

Der klassische AS bezieht sich sowohl auf den christlich geprägten Antijudaismus (Christusmord, etc.) als auch auf den rassentheoretisch und völkisch-national begründeten AS des 19. Jhd. (Minderwertigkeit der Juden), der auch als Grundlage der Ideologie des Nationalsozialismus diente. Hierzu zählt auch die verschwörungstheoretische Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung und deren geheimer Machtausübung (Bergmann & Erb, 2000; zit. in Heitmeyer 2002, 20).

Der *klassische AS* wird z.B. im GMF-Survey durch zwei Fragen erhoben (Tabelle 2): „Die Juden in Deutschland haben zu viel Einfluss“ und „Durch ihr Verhalten sind Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig.“

Der *sekundäre AS* bezieht sich auf Auseinandersetzungen mit der Shoa. Beispielsweise wenn die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland abgelehnt wird („Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören“). Zentrales Merkmal hierbei ist, dass die Täter ‚entschuldet‘ werden.

Der *israelbezogene AS* bezieht sich auf die Politik Israels. Dabei werden die Juden pauschal für die Politik Israels verantwortlich gemacht („Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer“).

Hierzu kann auch die Israelkritik gezählt werden, die die heutige Politik analog zur Judenverfolgung im Nazi-Deutschland sieht (im GMF-Survey separat als „NS-Vergleichende Israelkritik“ bezeichnet (Item „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“).²

Hierbei ist zu betonen, dass nicht jegliche Kritik an Israel gleich als antisemitisch eingestuft werden soll. Eine *kritische Einstellung zur Politik Israels* ist natürlich erlaubt und nicht per se anti-semitisch, z.B. kann man sich an der Behandlung der Palästinenser durch Israel stören oder daran, dass Israel den Palästinensern das Land wegnimmt (Bsp. Item aus GMF-Survey: „Ich werde wütend, wenn ich daran denke, wie Israel die Palästinenser behandelt“).

Heyder et al. (2005) halten diesbezüglich fest:

„Demnach gilt solche Kritik an Israel als antisemitisch, die Israel das Existenzrecht und das Recht auf Selbstverteidigung aberkennt, historische Vergleiche der israelischen Palästinenserpolitik mit der Judenverfolgung im Dritten Reich zieht, Israels Politik mit einem doppelten Standard beurteilt, antisemitische Stereotype auf den Staat Israel überträgt, oder diese Kritik auf Juden generell überträgt, und Juden pauschal für die Geschehnisse in Nah-Ost verantwortlich macht.“ (Heyder et al., 2005).

Für die Schweiz liegt die Studie von *Gfs.bern* zu „Einstellungen der Schweizer/innen gegenüber Jüdinnen und Juden und dem Holocaust“ (Longchamp, Dumont, & Leuenberger, 2000) vor, die eine Stichprobe von 1210 stimmberechtigten Schweizern/-innen befragte. Sie enthielt auch eine Frage, ob man verschiedene ethnische Gruppen und Nationalitäten als Wohn-Nachbarn möchte (Resultat in absteigender Beliebtheit: Italiener, Spanier, Portugiesen, Juden, Schwarze, Türken, Araber, Kosovo-Albaner, Fahrende).

Zudem wurden die folgenden Items zu Vorurteilen gegenüber Juden verwendet:

- Jüdinnen/Juden sind für den Tod Christi verantwortlich;
- Jüdinnen/Juden nützen die Erinnerung an den Holocaust aus; und
- Schweizer Jüdinnen und Juden sind zu Israel loyaler als zur Schweiz.

² Der GMF-Survey unterscheidet eine weitere, weniger bekannte Form, nämlich die der „antisemitischen Separation“, wobei den Juden in Deutschland (bzw. generell ausserhalb Israels) eine stärkere Bindung zu Israel und ein grösseres Interesse an der Politik Israels vorgeworfen wird (z.B. „Die deutschen Juden fühlen sich stärker mit Israel als mit Deutschland verbunden“). Diese Form kann m.E. aber nicht als antisemitisch gelten.

Die Frage nach dem Einfluss der Juden wurde zusammen mit anderen Gruppen abgefragt (Journalisten, Politiker, Intellektuelle, Bauern, Frauen etc.)

Schliesslich wurde ein Indikator für AS aus der Zustimmung zu folgenden drei Items gebildet:

- der Einfluss der Jüdinnen/Juden auf das Weltgeschehen ist zu gross,
- der Einfluss der Jüdinnen/Juden in der Schweiz ist zu gross (Einfluss zu gross, gerade recht, zu gering)
- die Jüdinnen/Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust aus. (stimme zu / nicht zu, w.n.)

Die Resultate zeigten, dass 16% der Befragten die Kriterien des AS weitgehend oder vollständig erfüllten und dass für rund 60% sich eine teilweise Übereinstimmung ergab.

Tabelle 2 Itemformulierungen und Ausmass der antisemitischen Facetten und der israelkritischen Einstellung (GMF-Survey 2004, Angaben in Prozent.)

Konstrukte und Itemformulierungen	1 - stimme überhaupt nicht zu	2 - stimme eher nicht zu	3 - stimme eher zu	4 - stimme voll und ganz zu
Klassischer Antisemitismus				
Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss.	43,6	34,9	10,9	10,6
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	50,4	32,2	11,1	6,3
Sekundärer Antisemitismus				
Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.	11,9	19,8	23,8	44,5
Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.	14,6	23,2	20,9	41,3
Israelbezogener Antisemitismus				
Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.	23,1	45,2	19,1	12,6
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.	18,9	36,8	28,9	15,5
Antisemitische Separation				
Die deutschen Juden fühlen sich stärker mit Israel als mit Deutschland verbunden.	7,9	36,6	33,7	21,9
Die Juden hierzulande interessieren sich mehr für israelische als für deutsche Angelegenheiten.	10,7	41,5	29,2	18,6
NS-vergleichende Israelkritik				
Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.	7,6	24,0	33,2	35,1
Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.	18,8	30,0	23,9	27,3
Israelkritische Einstellung				
Ich werde wütend, wenn ich daran denke, wie Israel die Palästinenser behandelt.	4,0	14,2	37,5	44,4
Es ist ungerecht, dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt.	3,9	10,0	34,5	51,5

Quelle: Heyder, Iser, & Schmidt (2005).

3.1.5. Islamophobie

Islamophobie wird als Vorurteil gegen oder Dämonisierung von Muslimen/-innen definiert (Quraishi, 2005). Der Begriff geht bereits auf Ende 1980er Jahre zurück und wird seit dem 11. September 2001 vermehrt gebraucht, oftmals als Schimpfwort für politische Gegner.³

Anja Rudiger, Executive Coordinator des European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC), spricht davon, dass der Islam zum neuen "Anderen" geworden ist, und dass nicht Hautfarbe, sondern Religion und Kultur als Merkmale von vermeintlich natürlichen Differenzen (als Basis der Abwertung) dienen würden.

Das EUMC publizierte den Bericht „Summary report on Islamophobia in the EU after 11 September 2001.“⁴ Es handele sich um das grösste Monitoringprojekt von Islamophobie, das je in Auftrag gegeben wurde. Darin wird für jedes Mitgliedsland Diskriminierung in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Wohnungswesen, sowie Taten wie verbale Drohungen bis hin zu körperlichen Übergriffen gegen Personen und Eigentum aufgezeigt. Oftmals sind es NGO's, die Vorfälle zusammentragen (z.B. in Deutschland).

Der britische Runnymede Trust (1997) definierte das Konzept Islamophobie durch folgende Punkte:⁵

- Sicht, dass Islam mit anderen Kulturen keine gemeinsamen Werte hat;
- Dem Westen unterlegen ist (als barbarisch, irrational, primitiv und sexistisch angesehen);
- Mehr eine gewalttätige politische Ideologie denn eine Religion darstellt;
- Dass islamische Kritik am Westen keine Substanz hat.
- Diskriminierende Praktiken gegen Muslime gerechtfertigt seien.

Kritik an diesem Konzept übte der britische Autor und Akademiker Kenan Malik, der Islamophobie für einen Mythos hält. Es verwechsle Diskriminierung von Muslimen/-innen und Kritik am Islam und werde gebraucht, um Religionskritiker, einschliesslich muslimischer Reformer, zum Schweigen zu bringen. Auch Schriftsteller Salman Rushdie nannte Islamophobia a „wretched concept that confuses criticism of Islam as a religion and stigmatisation of those who believe in it.“ [ein erbärmliches Konzept, das Kritik am Islam als Religion und Stigmatisierung der muslimischen Gläubigen verwechsle, Anmerkung d. Verf.]. Obwohl grundsätzlich der Fokus auf die Abwertung der Muslime/-innen gelegt werden sollte, umfassen negative Einstellungen gegenüber Muslimen/-innen in weiten Teilen der Bevölkerung vermutlich auf diffusere Art auch deren kulturelle Praktiken.

Islamophobie drückt sich gemäss *GMF-Survey* in einer generell ablehnenden Einstellung gegenüber muslimischen Personen und allen Glaubensrichtungen, Symbolen und religiösen Praktiken des Islams aus.

Im *GMF-Survey* wurden islamophobe Einstellungen durch zwei Kern-Fragen erhoben, die treffend eine feindliche Haltung zum Ausdruck bringen:

- „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ und
- „Durch die vielen Muslime fühlt man sich wie Fremde im eigenen Land“

³ Zum Folgenden s. <http://en.wikipedia.org/wiki/Islamophobia>

⁴ Verfasser: Allen Chris and Nielsen Jorgen S., University of Birmingham, 2002.

⁵ Runnymede Trust 1997. *Islamophobia: A Challenge for Us All*, p. 60, zit. in Quraishi 2005. Siehe: <http://www.runnymedetrust.org/publications/pdfs/islamophobia.pdf>

3.1.6. Rechtsextreme Einstellungen

Es bestehen vielfältige Versuche das Phänomen „Rechtsextremismus“ zu definieren. Eine Übereinstimmung der Begriffsbestimmungen ortete Pfahl-Traugherber (1995, 11) in der Einschätzung des Rechtsextremismus als „Gegenmodell zur konstitutionellen Demokratie.“

Rechtsextremisten würden die fundamentale Gleichheit der Menschen negieren, indem sie die Zugehörigkeit zu einer „Nation“, „Rasse“ oder „Region“ als oberstes politisches Prinzip erklären. Gleichzeitig werden die nicht zur eigenen Gruppe gehörenden Personen herabgewürdigt, abgewertet. Hinzu kommen allgemein antidemokratische Auffassungen, die sich zu einer rechtsextremen Ideologie fassen lassen: Autoritarismus mit der Vorstellung eines „starken Staats“, der über der Gesellschaft steht, die Ablehnung von einem pluralistischen Politikverständnis sowie die Vorstellung einer „homogenen Volksgemeinschaft“ (Gabriel, 1996, 346).

Es besteht Konsens in der Forschung, dass Rechtsextremismus als antidemokratische Bewegung einzustufen ist. Rechtsextreme lehnen die demokratischen Grundwerte der Freiheit und Gleichheit sowie die institutionellen Grundlagen eines demokratischen Regimes (Pluralismus, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Legitimation politischer Herrschaft) ab. Anstelle dessen wird ein „autoritäres politisches System mit monistischen [Gegenteil von pluralistisch, Anm. d. Autors] Herrschaftsstrukturen, einer geschlossenen politischen Willensbildung, einer Unterordnung des Rechts unter die Politik sowie einem Primat des Kollektivs gegenüber dem Individuum“ propagiert (Gabriel, 1996, 348).

Auch Jaschke (1994) schlug einen allgemeinen Rechtsextremismus-Begriff vor, unter dem man alle Handlungen und Einstellungen fassen könne,

„die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen oder Demokratisierung rückgängig machen wollen.“ (Jaschke, 1994, 31).

Umstritten ist, ob sich Rechtsextremismus unter ein Totalitarismus-Konzept, das auch Linksextremismus einschliesst, fassen lässt (Jaschke, 1994, 29). Kritisiert wird, dass damit eine normative Definition übernommen wird, die auf dem Verständnis des Verfassungsschutzes basiert und im Kern letztlich alles einschliesse, was die Staatsräson gefährde (Jaschke, 1994).

Ebenfalls uneinig ist man sich, ob die *Befürwortung bzw. Akzeptanz von Gewalt* ein Merkmal von Rechtsextremismus sein soll. Heitmeyer (1987) definiert Rechtsextremismus ursprünglich durch die Verbindung von zwei wesentlichen Dimensionen: „Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen“ und „Gewaltperspektive und -akzeptanz als zentralem, integrierenden Kernstück rechtsextremistischen politischen Verhaltens“ (1987, 16; zit. in Scherr, 1996, 104).

In der Bielefelder Rechtsextremismus-Studie (Heitmeyer, Buhse, & Lieb-Freund, 1992) wird Gewaltakzeptanz über vier Elemente definiert:

- „Die Überzeugung unabänderlicher Existenz von Gewalt“
- „Billigung fremdausgeübter Gewalt privater bzw. repressiver staatlicher Gewalt“
- „Eigene Gewaltbereitschaft“
- „tatsächliche Gewalttätigkeit“ (Heitmeyer et al. 1992, 14).

Diese Elemente werden als Eskalationsstufen der „Gewaltakzeptanz“ angesehen. Problematisch an dieser Definition ist sicherlich die Vermischung von privater und staatlicher

Gewalt, die auch für den Extremismusbegriff die zentrale Unterscheidung darstellt. (Auch in der Cattacin et al. (2006) Studie ergab sich kein Zusammenhang zwischen beiden Formen).

Zudem wird darin schon die Zustimmung zur Aussage, dass gewaltlose Verhältnisse nicht denkbar sind, zur Gewaltakzeptanz gezählt (Scherr 1996, 105). Eine Aussage, die man vertreten kann ohne auch nur entfernt rechtsextrem zu sein.

In einer Studie von *Decker und Brähler* (2005) wird Rechtsextremismus definiert als „Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese äussern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ (2005, 11).

Rechtsextremismus in der Façon von Decker und Brähler (2005) wird also durch sechs Dimensionen bestimmt (Itembeispiele siehe Kap. 4.8.2. Rechtsextremismusstudie von Decker und Brähler (2005):

- Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur
- Chauvinismus (i.S. von übersteigertem Nationalismus)
- Ausländerfeindlichkeit
- Antisemitismus
- Sozialdarwinismus
- Verharmlosung des Nationalsozialismus

3.1.7. Autoritarismus

Das Konzept des autoritären Persönlichkeit geht auf die berühmte und umstrittene Studie von Adorno Frenkel-Brunswik, Levinson und Sanford (1950) zurück, in der Faschismus-Tendenzen in den USA untersucht wurden.

Autoritarismus wird oftmals zur Begründung von Xenophobie und Rechtsextremismus herangezogen und erwies sich konsistent als mit Fremdenfeindlichkeit assoziiert (siehe Literatur in Heitmeyer & Heyder, 2002).

Laut Altemeyer (1988) können zur Bestimmung des Phänomens „rechtsextremer Autoritarismus“ die Dimensionen „autoritäre Unterwürfigkeit“ (Submission), „autoritäre Aggression“ und „autoritärer Konventionalismus“ unterschieden werden. Die *autoritäre Unterwürfigkeit* bezieht sich auf die Unterordnung unter gesellschaftliche vorhandenen Autoritätsträger, die von der Gesellschaft als etabliert und legitimiert betrachtet werden. Die *autoritäre Aggression* meint die Bereitschaft zu einer aggressiven Einstellung gegenüber Personen, die als von der Autorität sanktionierte Aggressionsziele wahrgenommen werden. Dies kann etwa die Kontrolle durch Bestrafung anderer (v.a. „sozial Abweichende“) oder Aggressionen gegen andere Ethnien einschliessen, sofern diese als durch Autorität sanktionierte Aggressionsziele wahrgenommen werden. Der *autoritäre Konventionalismus* schliesslich bezieht sich auf die Unterordnung unter soziale Konventionen (Lüscher, 1997).

Die „right-wing authoritarianism scale (RWA-scale)“ von Altemeyer enthält 10 Items. Der GMF-Survey enthält die Konzepte „autoritäre Unterwürfigkeit“ und „autoritäre Aggression“ (vgl. Heitmeyer & Heyder, 2002, 59ff.).

3.1.8. Rechtspopulismus

Das Konzept an sich ist insofern von Bedeutung, als dass Rechtspopulismus als „schwächere Form“ von Rechtsradikalismus angesehen werden kann und die Einschätzung dieses Potentials wichtig wäre.

Die Definition im GMF-Survey lautet: „Rechtspopulismus ist als eine Mobilisierungsstrategie zu verstehen, deren zentraler Schwerpunkt es ist, Stimmungen gegenüber Schwächeren zu erzeugen, um über erzielte Wahlerfolge dann mittels demokratisch erworbener Macht die Gesellschaft autoritär umzubauen. Der Rechtspopulismus stellt insofern ein Problem dar, als dass er sich der demokratischen Strukturen und Prozedere bedient und diese somit nicht abschafft, sondern quasi in den autoritären Griff nimmt, also die liberale Demokratie abdrosselt.“⁶

Personen sind dieser Definition gemäss dann dem rechtspopulistischen Potenzial zuzurechnen, wenn Zustimmung zu drei Themen vorliegt:

1. Zustimmung zu „Law and Order“-Forderungen (Befürwortung einer härteren Verbrechensbestrafung und die Durchsetzung von Recht und Ordnung gegenüber Aussenseitern und Unruhestiftern).
2. Fremdenfeindliche Einstellungen (Auffassung, es gäbe zu viele Ausländer in Deutschland und diese würden eine Belastung des sozialen Netzes darstellen).
3. Dazu komme noch ein Aspekt des sekundären Antisemitismus, der sich in der Auffassung gründet, dass Juden versuchen würden, aus der Vergangenheit des Dritten Reichs heute ihren Vorteil zu ziehen.

Während die ersten beiden Elemente m.E. vertretbar sind, müsste das antisemitische Element näher begründet werden.

3.2. Erklärungsmodelle

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus können nicht auf eine Ursache zurückgeführt werden, sind also multikausal. Im Rahmen des Monitorings wird es demnach sinnvoll sein, *verschiedene Perspektiven* zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu berücksichtigen. Damit wird ermöglicht, dass man zur Erklärung von Veränderungen bestimmter Einstellungen eine Auswahl an möglichen Ursachen zur Verfügung stehen.

Aus wissenschaftlicher Sicht hat dies den Vorteil, dass das Monitoring für eine Vielzahl von Fragestellungen herangezogen werden kann. Ausserdem können verschiedene Theorien auf ihre *Erklärungskraft* hin vergleichend untersucht werden. Darüber hinaus kann die Erklärungskraft einer einzelnen Theorie *über die Zeit hinweg* untersucht werden. Es ist durchaus denkbar, dass je nach „historischer“ Konstellation eine spezifische Erklärung herausragende Bedeutung erhält.

Die theoretischen Erklärungszugänge reichen von psychoanalytisch orientierten Ansätzen (Autoritarismus gem. Adorno et al., 1950), über sozialpsychologische (z.B. auf Vergleichsprozessen beruhende Theorie der relativen Deprivation, oder der sozialen Identität) und soziologische Ansätzen mit Betonung des sozialen Wandels (Individualisierung, Desintegration), bis hin zu politikwissenschaftlich orientierten (Politikdiskurse, soziale Bewegungen). Daneben bestehen auch geschlechterspezifische Ansätze (Rommelspacher, 1991).

Als Entstehungsgründe für Fremdenfeindlichkeit werden in der Literatur oftmals zwei wesentliche Motive angeführt: Angst und Neid (Gabriel, 1996, 346f. mit weiteren Nachweisen):

- Die Furcht vor Überfremdung, die als Gefahr für die kulturelle Identität der eigenen Nation angesehen wird.

⁶ Siehe <http://www.uni-bielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Zentrale%20Institute/IWT/FWG/Feindseligkeit/Tabelle6-2004.html>

- Sozioökonomische Statusängste und Neidgefühle: Ausländer/innen werden als Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt angesehen. Zudem würden sie das Sozialsystem des Zuwanderungslands ausbeuten.

Eine vielfach angenommene Vorstellung ist, dass die Bedrohung der eigenen Identität durch die Abwertung anderer kompensiert werden kann. Durch die Abwertung anderer wird der eigene Selbstwert erhalten oder gesteigert. Die Abwertung von Fremden kann also als persönliche „Statuspolitik“ angesehen werden. Im Bezug auf Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen hat dies u.a. die „Social Identity Theory“ (Tajfel & Turner, 1986) postuliert.

Viele andere Erklärungen wurden auch in Bezug auf Rechtsextremismus formuliert, die im Folgenden überblicksartig skizziert werden. Wichtig hierbei ist, dass nicht nur feindliche Einstellungen, sondern auch *fremdenfeindliche Gewalt* erklärt werden soll.

Die Literatur zum Rechtsextremismus ist beinahe unüberblickbar. Für weitere Literatur sei auf einschlägige Bibliographien verwiesen (Artus, 2005; Heitmeyer, 2002b).

Der folgende Überblick ist eng an Winkler (1996) angelehnt, der die Erklärungsansätze für Rechtsextremismus wie folgt gliedert:

- Persönlichkeitsmerkmale
- Status- und Deprivationstheorien („Ungleichgewichtszustände“)
- Integrationstheorien
- Politische Kultur (als „kulturelle Gelegenheitsstruktur“ für Ansichten, Optionen und Entscheidungen)

3.2.1. *Persönlichkeitsmerkmale:*

Hier können folgende Konzepte genannt werden:⁷

- Autoritarismus (Adorno et al., Oesterreich, Altemeyer, Lederer/Schmidt) (Betonung der familiären Sozialisation anhand psychoanalytischer Konzepte)
- „Struktur mentaler Systeme“, z.B. Dogmatismus-Konzept (Rokeach), das jenseits von Rechts-Links-Dimension ist. (ebenfalls Betonung der familiären Sozialisation, aber anhand kognitiver Konzepte).
- Rechtskonservatismus-Liberalismus-Dimension (McClosky, Kerlinger)
- Materialismus-Postmaterialismus-Dimension (Inglehart) (Betonung der ökonomischen Situation während primärer Sozialisation von Werten)

Das grundsätzliche Problem dieser Theorien besteht darin, dass es unklar bleibt, ob Persönlichkeitsmerkmale eine notwendige oder sogar hinreichende Bedingung für rechts-extremes Verhalten darstellt (Winkler, 1996, 32f.). Alle Autoren gehen von Persönlichkeitsmerkmalen als überdauernde und stabile Verhaltenskorrelate aus, die auch in kritischen Zeiten weitgehend erhalten bleiben. Demgegenüber kann argumentiert werden, dass sich die Persönlichkeitsstruktur im Leben einer Person auch ändern kann, der schnelle soziale Wandel dies geradezu notwendig macht. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass Persönlichkeitsmerkmale eine Grundausstattung darstellen, die durch äussere Einflüsse (Umwelt als Verstärker) verfestigt oder verändert werden kann. Ergänzend zu theoretischen Annahmen zur Persönlichkeit müssen somit Annahmen über die Interaktionen zwischen Person und Umwelt (soziale, kulturelle, politische, wirtschaftliche) getroffen werden.

⁷ Vgl. Winkler (1996) für weitere Nachweise.

Persönlichkeitstheorien negieren zudem den Einfluss von anderen, für die Sozialisation relevanten Bezugsgruppen, z.B. der Schule. Die politische Sozialisation bilde – im Gegensatz zur Position Ingleharts – einen lebenslangen Prozess und sei nicht nur auf das Kindes- und Jugendalter beschränkt.

3.2.2. Status- und Deprivationstheorien

Bei diesen Ansätzen wird Rechtsextremismus als Folge von „Ungleichheitszuständen“ (Winkler, 1996) aufgefasst, wobei die Betonung bei der Zugehörigkeit von Personen zu Kollektiven/Gruppen, deren Veränderungen und Interaktionen liegt.

- Statuspolitik (Hofstadter, Lipset)
→ Einflussreichste These: Personen, die ihren Status in Gefahr sehen, neigen zu Rechtsextremismus. Sie wurde häufig in Bezug auf die ökonomische Situation herangezogen.
- Relative Deprivation (als subjektiv empfundene Benachteiligung in Bezug auf materielle und immaterielle Güter, gemessen an subjektiven Erwartungen oder im Vergleich zu anderen Personen oder Gruppen)
- Frustration
- Modernisierungsverlierer
- Ungleichheit, Unzufriedenheit

Der grundsätzliche Mangel all dieser Ansätze besteht darin, dass sie nicht erklären können, warum eine Person gerade eine rechtsextreme Orientierung und nicht eine andere „gewählt“ hat.

Jaschke (1994, 103) nennt hierzu zwei Bedingungen, unter denen beispielsweise soziale Ungleichheit zur Basis für rechtsextreme Entwicklungen wird: „Wenn das Angebot von rechts in seinen Inhalten und seinen beabsichtigten provokativen Wirkungen als ausreichend empfunden wird und wenn die politischen Institutionen der Gesellschaft entsprechend betroffen reagieren“. Treffe beides zusammen ein, sei Rechtsextremismus eine von mehreren denkbaren attraktiven Protest-Alternativen. Beides sah er in Bezug auf das damalige Deutschland als gegeben an: Einerseits attackierte der Rechtspopulismus die Entscheidungsträger der Verteilungsgerechtigkeit mit Parolen wie „Deutsche zuerst“, andererseits reagierte die Politik nach 1989 „überaus betroffen“ (104), so dass rechtsextreme Handlungen geeignet erscheinen das politische System „nachhaltig zu provozieren“ (104).

Relative Deprivation

Diese Theorie gilt als klassischer Ansatz der Vorurteilsforschung (Wolf, Schlüter, & Schmidt, 2006, 68). Relative Deprivation bezieht sich auf die subjektiv wahrgenommene Benachteiligung, die aus Vergleichsprozessen der eigenen Person mit anderen Personen oder der eigenen Gruppe mit anderen Gruppen hervorgeht. Wird die eigene Situation mit derjenigen von Personen der eigenen Gruppe (z.B. die Schweizer) verglichen, resultiert bei schlechter Bilanz das Gefühl der individuellen relativen Deprivation.⁸ Wenn der Vergleich der Eigengruppe mit anderen Gruppen, z.B. den in der Schweiz lebenden Ausländern/-innen, als negativ wahrgenommen wird, spricht man von fraternaler Deprivation (Runciman, 1966, in Wolf et al., 2006).⁹

⁸ Item der individuellen Relativen Deprivation aus dem GMF-Survey: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Wie viel glauben Sie, erhalten Sie persönlich? Mehr als Ihren gerechten Anteil, Ihren gerechten Anteil oder weniger als Ihren gerechten Anteil?“

⁹ Item zur fraternalen Relativen Deprivation aus dem GMF-Survey: „Wenn Sie die wirtschaftliche Lage der Deutschen mit der der in Deutschland lebenden Ausländer vergleichen, wie geht es den Deutschen im Vergleich zu den Ausländern? Besser, ungefähr gleich oder schlechter?“

Diese Theorie kann herangezogen werden zur Erklärung der Annahme, dass Abwertungsprozesse als Kompensation von subjektiven Benachteiligungsgefühlen hervorgerufen werden (d.h. unabhängig von der objektiven wirtschaftlichen Situation).

Empirisch fand z.B. der GMF-Survey einen relativ starken Einfluss v.a. der fraternalen ($b = .30$), aber auch der individuellen relativen Deprivation ($b = .18$) auf die Fremdenfeindlichkeit (Wolf, Schlüter, & Schmidt, 2006).

In Bezug auf individuelle Vergleiche mit der Eigengruppe, konnte in Deutschland empirisch gezeigt werden, dass Personen, die sozial desintegriert sind (Endrikat, Schaefer, Mansel, & Heitmeyer, 2002) sowie aus „prekären Soziallagen“ stammen (Mansel & Heitmeyer, 2005) ausgeprägtere fremdenfeindliche Einstellungen aufwiesen.

Im Weiteren hängen Anomia (siehe nächstes Kapitel) und relative Deprivation stark zusammen ($r = .40$).

3.2.3. Integrationstheorien bzw. Anomietheorien, Spannungstheorien

Grundsätzliches Merkmal dieser Theoriefamilie ist die Betonung der Folgen des sozialen Wandels der modernen Industriegesellschaft. Die Grundannahme besteht darin, dass schneller Wandel zu steigender Verunsicherung, Ohnmachtsgefühlen und Statusängsten führe (Winkler 1996, 37). Hierbei sind die Anomietheorie Durkheims und die Version Mertons (Anomia) sowie die Desintegrationstheorien (Parsons, Scheuch und Klingemann, Kornhauser, Heitmeyer) zu nennen.

Winkler (1996, S. 38) nennt zwei Bedingungen für die Mobilisierung von latentem Potential durch rechtsextreme Bewegungen: Erstens, müssen sich Personen im Ungleichgewicht befinden (sprich: sich als depriviert empfinden) und zweitens muss das politische System für die Ungleichgewichtszustände verantwortlich gemacht werden und an Legitimität einbüßen.

Von zentraler Bedeutung in dieser Theoriefamilie sind die Anomia nach Merton und das Desintegrationstheorem nach Heitmeyer.

Anomia

Anomietheoretische Annahmen sind von Bedeutung im Zusammenhang mit negativen Folgen aufgrund von gesellschaftlichem Wandel. Während Durkheims Anomie als gesellschaftlichen Zustand der Regel- und Normlosigkeit beschreibt, bezieht sich Mertons Anomiebegriff auf individuelle Spannungen, die sich aus der Diskrepanz ergeben, kulturell vorgegebene Ziele (z.B. Erfolg) mit legitimen Mitteln (z.B. Bildung) zu erreichen. Die individuelle Reaktion auf gesellschaftliche Anomie wird als Anomia bezeichnet und besteht in Gefühlen der Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit (Hüpping, 2006). Konzeptionell wird Anomia in Orientierungslosigkeit/Normunsicherheit und Machtlosigkeit unterschieden.

Die Bedeutung des Konzepts besteht darin, dass Anomia sich empirisch als guter Prädiktor bei der Erklärung von abweichendem Verhalten und der Abwertung von schwachen Gruppen herausstellte. Auch im GMF-Survey bestehen signifikante Einflüsse der Anomia (als Orientierungslosigkeit) auf beinahe allen Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, und dies bei gleichzeitiger Kontrolle von Bildung und politischer Orientierung (Kühnel & Schmidt 2002).

Anomia übte ferner einen starken bis sehr starken Einfluss auf Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Antisemitismus und Rassismus aus (*betas* zwischen $.30$ und $.50$). Zudem ergaben Längsschnittanalysen (2002-2004) Hinweise darauf, dass Anomia kausal zu Fremdenfeindlichkeit führt bzw. diese kausal vorhersagt (Hüpping 2006, 96). Mit anderen Worten: Die aktuelle Fremdenfeindlichkeit von Personen kann kausal auf das Vorhandensein von früheren Gefühlen der Orientierungslosigkeit zurückgeführt werden.

Ferner kann Anomia als wichtige Mediatorvariable des Einflusses von sozioökonomischen Faktoren (insbesondere subjektive Faktoren wie die Angst vor sozialem Abstieg) auf die

Fremdenfeindlichkeit angesehen werden. Dabei sind nicht nur mehr demografische Variablen für die Entstehung von Anomia verantwortlich, wie dies Merton in Bezug auf die unteren Schichten annahm. Vielmehr sind auch höhere Schichten von Orientierungslosigkeit erfasst (Hüpping, 2006).

Im GMF-Survey wird Anomia mit den folgenden Items erhoben, die ausserdem eine sehr gute Reliabilität ($\alpha = .89$) aufweisen:

- „Es ist alles so in Unordnung geraten, dass niemand mehr weiss, wo man eigentlich steht.“
- „Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass man nicht mehr weiss, was eigentlich los ist.“
- „Früher waren die Leute besser dran, weil man wusste, was man zu tun hatte.“

Individualisierungs- und Desintegrationstheorem

Ein prominentes Modell besteht in der Individualisierungstheorie, die besagt, dass die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung (in der „Moderne“, v.a. aber nach dem 2. Weltkrieg) zu einer fortschreitenden *Individualisierung* führe (Beck, 1986). Damit verbunden sind ein erhöhter Lebensstandard und die Zunahme an sozialer und geografischer Mobilität (v.a. aufgrund der Bildungsexpansion seit den 1970er Jahre), was zur Herauslösung aus traditionellen Milieus und zu einer erhöhter Auswahl an Lebensentwürfen führt. Als Kehrseite der Individualisierung werden Prozesse der *Desintegration* aus allgemein anerkannten Verbindlichkeiten in Religion, Familie, soziale Schicht/Klasse und Politik angeführt.

Heitmeyer knüpfte hier an bei der Erklärung von rechtsextremem Gewalt. Desintegration sei die „Auflösung von Beziehungen zu anderen Personen oder Institutionen, Auflösung der faktischen Teilnahme an gesellschaftlichen Institutionen; Auflösung der Verständigung über gemeinsame Norm- und Wertvorstellungen“ (Heitmeyer et al. 1992, 76). Sein sozialisationstheoretischer Ansatz fasst Rechtsextremismus als subjektive Verarbeitung der Widersprüche der Moderne auf. Heitmeyer geht im Wesentlichen von einem „Desintegration-Verunsicherung-Gewalt-Syndrom“ aus. Auf Desintegrationserfahrungen aufgrund von Individualisierungsprozessen werde mit Verunsicherung und Orientierungslosigkeit reagiert, die wiederum Personen zu rechtsextremen Gruppen hinziehe, da diese Sicherheit und Halt versprechen. Weder die Studie von Heitmeyer und Mitarbeitenden selbst, noch andere Studien konnten jedoch empirisch einen Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Desintegration und rechtsextremen Einstellungen nachweisen (Willems, Eckert, Würtz, & Steinmetz, 1993).

Sein Theorieentwurf wurde aufgrund der Kritik, dass Desintegration allein zur Erklärung von fremdenfeindlicher Gewalt zu unspezifisch sei und zusätzliche Bedingungen genannt werden müssten, weiterentwickelt. Neu könnten auch Modernisierungsgewinner rechtsextreme Orientierungen aufweisen, dies aufgrund von „instrumenteller“ Arbeitsorientierung und Selbstdurchsetzung als identitätsstiftendem Prinzip. Damit gemeint ist die starke Orientierung an Geld, Aufstieg und Status am Arbeitsplatz, gekoppelt mit einer hohen Betonung der Normen von Stärke und Überlegenheit. Bei diesen Personen ist auch die Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft hoch. Aufgrund von Ideologien der Ungleichwertigkeit werden die „Anderen“ abgewertet. Sofern das politische System diese Ideologien aufnimmt, werden auch Legitimationen für die Abwertung von Ausländern/-innen und die Gewalt gegen diese Personen gegeben. In zugespitzter Formulierung ist gemeint, dass besonders jene Personen, die nicht in diese „Verwertungslogik“ passen, potentielle Opfer einer an Leistung und Erfolg orientierten Ideologie seien.

3.2.4. Weitere Konzepte

Es existieren noch etliche weitere Konzepte in diesem Erklärungszusammenhang, von denen auf zwei für ein Monitoring relevante aufmerksam gemacht werden soll.

Ein erstes Konzept betrifft weniger ein Erklärungsversuch, als eine Interventionsmöglichkeit. Die sogenannte „*Kontakt-Hypothese*“ wird als Massnahme zur Verringerung von feindlichen Einstellungen gegenüber Ausländern/-innen vorgeschlagen. Dabei wird der vermehrte Kontakt zwischen schweizerischen und ausländischen Personen initiiert, so dass Vorurteile abgebaut werden und Ausländer/innen differenzierter wahrgenommen werden können. Dieser Mechanismus gilt als empirisch gut bestätigt (s. Meta-Analyse von Pettigrew & Tropp, 2000). Folglich wäre es sinnvoll, in einem zukünftigen Monitoring auch Fragen zur Häufigkeit des Kontakts mit anderen Bevölkerungsgruppen einzuschliessen (wie dies auch Cattacin et al., 2006, machten).

Ein zweites oft genanntes Konzept betrifft die räumliche Kontextanalyse der persönlichen potentiellen Belastung durch das Leben mit ethnischen Minoritäten. Die sogenannte „*Exposure*“-*Hypothese* argumentiert, dass Personen, die in Gegenden mit hohem Anteil an ethnischen Minderheiten wohnen, eher fremdenfeindlich sind aufgrund von häufigeren Alltagsproblemen im inter-ethnischen Austausch.

Es ist empirisch überprüfbar, ob Personen in ethnisch stark heterogenen Wohngebieten stärker fremdenfeindlich eingestellt sind. Hierzu wären idealerweise kleinräumige Analysen auf Ebene von Quartieren sinnvoll. Im Rahmen des Monitorings können aber auch Vergleiche zwischen Wohngemeinden mit unterschiedlichem Urbanitätsgrad vorgenommen werden.

4. Bestandesaufnahme von Items und Itembatterien aus Bevölkerungs-Surveys

Die Grundlagen hierzu bilden bestehende regelmässig stattfindende Befragungen aus Europa und der Schweiz. Hierzu gehören:

- European Social Survey (ESS)
- Eurobarometer (→ MOSAiCH ab 2004/05)
- International Social Survey Programme (ISSP) (→ MOSAiCH ab 2004/05)
- UNIVOX/VOX
- GMF-Survey (IKG, Uni Bielefeld)

Ebenfalls gewünscht wurde die Abklärung der *Integrationsindikatoren* des Bundesamts für Statistik (BfS). Herr Haug teilte mir persönlich mit, dass die Arbeiten zu den Integrationsindikatoren noch im Gange sind. Ziel dieser Indikatoren ist es, aufgrund von objektiven Daten den Integrationsverlauf über die Zeit beobachten zu können. Es könnten Diskriminierungsprozesse aufgrund von *objektiven* Facts in den Bereichen Arbeit, Bildung, etc. aufgezeigt werden. Erfasst wird also die *strukturelle* Integration von Ausländern/-innen. Ein Monitoring-Survey könnte hier die *subjektive* Seite beisteuern, z.B. in Form von subjektiv erlebten Diskriminierungen.

Herr Haug gab ferner den Hinweis, dass ab ca. 2010/11 neue Umfragegefässe vom BfS initiiert werden, in Form von *Omnibus-Umfragen*, die vor allem die subjektive Seite zu aktuellen Themen erfassen sollen, mit allerdings kleineren Stichproben als in den bestehenden Surveys. Es ist jedoch fraglich, ob dasselbe Thema (sprich die hier interessierenden Monitoringthemen) alle zwei Jahre wiederholt werden könnte. Diese neuen Omnibus-Umfragen wären hingegen gut geeignet für *Vertiefungsstudien in Ergänzung zum Monitoring*.

4.1. European Social Survey (ESS)

Der „European Social Survey“ (ESS, <http://www.europeansocialsurvey.org>) ist eine relativ neue Befragung mit dem Ziel, die Meinungen und Haltungen der europäischen Bevölkerung zu messen und Reaktionen auf Veränderungen der Institutionen in Europa zu erklären. Das ESS nimmt zudem Problemstellungen der aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschung auf. Beispielsweise auch zum Umgang der verschiedenen europäischen Länder mit Fragen rund um die Migration.

Ein Leitungs-Konsortium legt den Ländern dabei viele strikte methodische Bedingungen auf, damit die Vergleichbarkeit der Daten zwischen den Ländern auch wirklich gewährleistet ist. Das ESS weist dadurch einen *sehr hohen Qualitätsstandard* auf. Über 20 Länder haben sich an der ersten Durchführung im Herbst 2002 beteiligt. Die ESS Befragungen werden alle zwei Jahre durchgeführt. In der Schweiz nehmen jeweils über 2'000 Personen daran teil. Die Erhebung in der Schweiz wird durch den SNF finanziert und in Koordination von SIDOS durch das Institut MIS Trend durchgeführt.

Der Survey ist in *Kernmodule* und *rotierende Module* aufgeteilt. Die Themen der Kernmodule betreffen:

- Mediennutzung
- Soziales Vertrauen (in Gesellschaft und Öffentlichkeit)
- Politik (d.h. Interesse an der Politik, Einschätzung der Effizienz der Regierung, Vertrauen in die Institutionen, Partizipation, Sympathien und sozio-politische Werte)
- Soziales Kapital, soziale Integration

- Nationale, ethnische und religiöse Identität
- Subjektives Wohlbefinden, Gesundheit und Sicherheitsgefühl
- Soziodemografisches Profil (Zusammenstellung des Haushaltes, Geschlecht, Alter, Ausbildung, Beschäftigung, Einkommen, Zivilstand)

Rotierende Module (immer zwei pro Befragungsrunde): 2002 zu Immigration und Asylwesen, d.h. die Meinung, die Wahrnehmung und die politischen Vorlieben zu diesem Themenbereich. Es ist aber unklar, wann dies wiederholt wird (gem. Antwort auf E-mail-Anfrage vom 7.12.06).

4.1.1. Relevante Items

Runde 2 und 3 (2004 bzw. 2006) enthalten:

- Fragen zur Regulierung von Immigration
- Meinungen zum Einfluss von Immigranten auf Wirtschaft, Kultur und Lebensqualität
- Wahrgenommene Diskriminierung

→ *Diese Fragen werden langfristig verwendet und sind somit für ein Monitoring wichtig.*

a) Fragen zur Regulierung von Immigration

B35 To what extent do you think [country] should ¹⁰ allow people of the same race or ethnic group as most [country's] people to come and live here ¹¹?

Allow many to come and live here	1
Allow some	2
Allow a few	3
Allow none	4
(Don't know)	8

B36 How about people of a different race or ethnic group from most [country] people?
[gleiche Antwortvorgaben].

B37 How about people from the poorer countries outside Europe?
[gleiche Antwortvorgaben].

b) Meinungen zum Einfluss von Immigranten auf Wirtschaft, auf Kultur, Lebensqualität

B38 Would you say it is generally bad or good for [country]'s economy that people come to live here from other countries?

[Antworten: Skala von 0= bad for the economy bis 10= good for the economy]

B39 Would you say that [country]'s cultural life is generally undermined or enriched by people coming to live here from other countries?

[Skala von 0 bis 10 (0=cultural life undermined, 10=enriched)]

B40 Is [country] made a worse or a better place to live by people coming to live here from other countries?

(Antwortkarte von 0 bis 10, wobei 0=worse, 10=better place to live)

10 "Should" in the sense of 'ought to'; not in the sense of 'must'.

11 "Here" = country throughout these questions.

c) Wahrgenommene Diskriminierung

C24 Would you describe yourself as being a member of a group that is discriminated against in this country?

Antworten: Yes/no (Don't know).

C25 On what grounds is your group discriminated against?
(Mehrfachantworten)

Colour or race	01
Nationality	02
Religion	03
Language	04
Ethnic group	05
Age	06
Gender	07
Sexuality	08
Disability	09
Other (WRITE IN) _____	10
(Don't know)	88

Kommentar:

Diese Fragen informieren nur darüber ob die Befragten sich überhaupt als Mitglied einer diskriminierten Gruppe wahrnehmen, aber nicht darüber, ob dies z.B. im letzten Jahr vorgekommen ist, oder in welcher Situation dies geschah.

Runde 1 (2002) enthielt folgende Items zu Diskriminierung (im Haupt-Fragebogen, Section D), die aber in Runde 2 und 3 nicht mehr enthalten sind.

- D18** Average wages and salaries are generally brought down ¹² by people coming to live and work here.
- D19** People who come to live and work here generally harm ¹³ the economic prospects of the poor¹⁴ more than the rich.
- D20** People who come to live and work here help to fill jobs where¹⁵ there are shortages of workers.
- D21** If people who have come to live and work here are unemployed for a long period, they should be made to leave.
- D22** People who have come to live here should be given the same rights as everyone else.
- D23** If people who have come to live here commit a serious crime, they should¹⁶ be made to leave.
- D24** If people who have come to live here commit any crime, they should be made to leave.

Es liegt ein Paper für den Test der Konstrukt-Äquivalenz von sechs Items zur „Ablehnung von Immigration“ vor, das eine akzeptable Datenqualität feststellte für die Verwendung einer latenten Variable mit denselben sechs Items in den teilnehmenden Ländern (Billiet & Welkenhuysen-Gybels, 2004).

¹² Become lower.

¹³ Affect negatively.

¹⁴ The poor in [country] are intended.

¹⁵ That is, in job sectors where...

¹⁶ “Should” in D23 and D24 have the sense of ‘must’.

4.2. Eurobarometer (EB) in der Schweiz

In den Eurobarometer-Umfragen verfolgt die Europäische Union seit 1974 die Entwicklung der Meinung der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten sowohl zu Europa und den europäischen Institutionen, als auch zu aktuellen Themen wie z.B. Umwelt, Kriminalität, Drogen, Rassismus, Gesundheit, usw. (zum folgenden siehe entsprechende Website auf SIDOS¹⁷). Die Schweiz beteiligt sich seit 1999 an den durchgeführten Meinungsumfragen der EU mit dem sog. „Eurobarometer in der Schweiz“, das auch eines der wichtigen Projekte des Forschungsprogramms „Zukunft Schweiz“ des Schweizerischen Nationalfonds darstellt. Von 1999 bis 2003 wurden einmal jährlich die Fragen des Standard-Eurobarometers durch 1000 zufällig ausgewählte in der Schweiz wohnende Personen, im Alter von 15 oder älter, in einem 45 bis 60 Minuten dauernden Interview beantwortet (Sprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch). Die Durchführung der Umfrage sowie der Bezug der Daten liegen bei SIDOS.

Ab dem Jahre 2000 wurden dem „Eurobarometer in der Schweiz“ zusätzlich die Fragen aus dem International Social Survey Programm (ISSP) hinzugefügt. In neuer Form und unter dem Namen „MOSAiCH“ werden diese Befragungen ab 2005 weitergeführt (s.u.). Die Standard-Themen werden indes nicht mehr fortgesetzt, nur der soziodemografische und soziopolitische Teil (d.h. Meinungen zu europäischen und schweizerischen Institutionen, u.a. das Vertrauen in sie) werden weiterhin erhoben. Gemäss Auskunft von SIDOS bestehe prinzipiell die Möglichkeit, sich als Forschungsgruppe an das Eurobarometer zu wenden und bestimmte Themen zur (wiederholten) Durchführung vorzuschlagen.

Die weitere Verwendung von EB-Daten wird in Kapitel 4.3. Konzepte zur „ethnischen Exklusion“ des EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia) beschrieben.

4.2.1. Relevante Items

EB 53 (2000) Einstellungen zu Ausländern (s.u.)

Dieser Survey wurde sowohl in der EU als auch in der Schweiz durchgeführt und hat meines Erachtens sehr brauchbare Items zu folgenden Themen:

- Empfindung von Menschen anderer Rassen, Religionen oder Kulturen als „störend“ (Fragen 17, 18, 19),
- Zugehörigkeitsgefühl zu einer Mehr- oder Minderheit (20),
- Verbesserungsvorschläge der Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Rassen, Religionen oder Kulturen (22),
- Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen aus islamischen Ländern, aus Osteuropa, aus Ländern mit inneren Konflikten, aus der EU (23-27),
- Einstellungen zu Einwanderern (28)
- Verhalten und Aufnahme von legalen und illegalen Einwanderer (29).

Die Items sind neutral formuliert und beziehen sich auch auf Verhaltensweisen wie die Aufnahme von Migranten. Die Items zur Aufnahmebereitschaft sind zudem ausgewogen, d.h. positiv und negativ formuliert. Nachfolgend sind die konkreten Items aufgeführt:

[Einleitung: Kommen wir nun zu einem anderen Thema.

Die Menschen, die in der Schweiz leben, kommen aus unterschiedlichen Rassen, Religionen oder Kulturen. Diese Menschen bilden unterschiedliche Gruppen von unterschiedlicher Grösse, die mehr oder weniger homogen sind.]

¹⁷ <http://www.sidos.ch/production/eurobarometer.asp?lang=d>

17 Manche Leute empfinden die Einstellungen, Gebräuche und Lebensweisen von Menschen, die anders sind als sie selbst, als störend. Finden Sie selbst in Ihrem Alltag die Anwesenheit von Menschen anderer Nationalität als störend?

18 Und empfinden Sie die Anwesenheit von Menschen anderer Rassen als störend?

19 Und finden Sie die Anwesenheit von Menschen mit einer anderen Religion als störend?

Antworten: Störend 1, Nicht störend 2, Weiss nicht 3

20 In Bezug auf Ihre Rasse, Religion oder Kultur: Fühlen Sie sich persönlich in der Schweiz zu einer Mehrheit oder zu einer Minderheit zugehörig?

Antworten: 1 zu einer Mehrheit zugehörig, 2 zu einer Minderheit zugehörig, 3 fühle mich keiner Gruppe zugehörig (INT: NUR falls spontan genannt.), 4 weiss nicht

22 Was sollte Ihrer Meinung nach getan werden, um die Beziehungen zwischen den Menschen unterschiedlicher Rassen, Religionen oder Kulturen in der Schweiz zu verbessern? (Mehrfachnennungen möglich.)

1. Personen, die zum Rassismus aufhetzen, vor Gericht bringen
2. die Erziehung zu Toleranz und gegenseitigem Respekt in Schulen fördern
3. die Diskriminierung von Menschen unterschiedlicher Rassen, Religionen oder Kulturen gesetzlich verbieten
4. eine faire Berichterstattung in der Presse, im Radio und im Fernsehen
5. Die Bildung von Organisationen fördern, die Menschen unterschiedlicher Rassen, Religionen oder Kulturen zusammenbringen
6. die Chancengleichheit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fördern
7. das Verständnis für verschiedene Kulturen und Lebensweisen in der Schweiz fördern
8. Organisationen eine grössere Rolle einräumen, die bereits Erfahrungen im Kampf gegen Rassismus gesammelt haben
9. Menschen unterschiedlicher Rassen, Religionen oder Kulturen ermutigen, sich am politischen Leben in der Schweiz zu beteiligen
10. Gewerkschaften und Kirchen ermutigen, mehr gegen Rassismus zu unternehmen
11. nichts
12. weiss nicht

23 Wenn Menschen aus islamischen Ländern in der Europäischen Union oder in der Schweiz arbeiten wollen, was sollte Ihrer Meinung nach mit ihnen geschehen?

24 Und wie ist es bei Menschen, die aus Osteuropa kommen und im Westen arbeiten wollen?

25 Und wie ist es bei Menschen, die aus Ländern mit schweren inneren Konflikten fliehen?

26 Und wie ist das bei wieder anderen, die in ihrem Land unter Menschenrechtsverletzungen leiden und um politisches Asyl bitten?

27 Und wie ist das bei Bürgern aus anderen Ländern der Europäischen Union, die sich in der Schweiz niederlassen wollen?

Antworten: ohne Einschränkung aufnehmen 1, mit Einschränkung aufnehmen 2, nicht aufnehmen 3, weiss nicht

[Einleitung: Lassen Sie uns nun über Menschen sprechen, die in die Schweiz gekommen sind, um hier zu leben, die aber keine Bürger einer Mitgliedstaates der Europäischen Union sind. Diese Menschen nennen wir im folgenden „Einwanderer“.]

28 Ich lese Ihnen nun einige Aussagen über Menschen dieser Gruppe [Einwanderer ausserhalb EU, Anmerk. d. Verf.] vor. Sagen Sie mir bitte für jede dieser Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.

Antworten: Stimme eher zu 1, stimme eher nicht zu 2, weiss nicht 3

1. Ihre religiösen Bräuche bedrohen unsere Art zu leben.
2. Sie sind überdurchschnittlich häufig in Straftaten verwickelt.
3. Sie bereichern das kulturelle Leben der Schweiz.
4. Sie sind so verschieden, dass sie niemals vollständig akzeptierte Mitglieder der Schweizer Gesellschaft sein können.
5. Ohne sie würde die Schweiz weniger erfolgreich im internationalen Sport sein.
6. Um vollständig akzeptierte Mitglieder der Schweizer Gesellschaft zu werden, müssen sie ihre eigene Kultur aufgeben.

29 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, die Einwanderer aus Ländern ausserhalb der Europäischen Union betreffen, ob Sie ihr eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.

Antworten: Stimme eher zu 1, stimme eher nicht zu 2, weiss nicht 3

1. Gesetzlich anerkannte Einwanderer sollten dieselben sozialen Rechte haben wie Schweizer Staatsbürger.
2. Gesetzlich anerkannte Einwanderer sollten das Recht haben, enge Familienangehörige in die Schweiz kommen zu lassen.
3. Gesetzlich anerkannte Einwanderer sollten in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, wenn sie wegen schwerwiegender Straftaten verurteilt wurden.
4. Gesetzlich anerkannte Einwanderer sollten in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, wenn sie arbeitslos sind.
5. Gesetzlich anerkannte Einwanderer sollten alle in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden.
6. Gesetzlich anerkannten Einwanderern sollte die Einbürgerung leicht gemacht werden.
7. Alle illegalen Einwanderer sollten ohne Ausnahme in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden.
8. Arbeitgeber, die illegale Arbeitskräfte beschäftigen, sollten härter bestraft werden.
9. Es sollte immer von der Prüfung der persönlichen Umstände abhängig gemacht werden, ob illegale Einwanderer in der Schweiz bleiben dürfen.
10. Alle Einwanderer, gleich ob legal oder illegal, und ihre Kinder, auch wenn sie in der Schweiz geboren wurden, sollten in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden.
11. Das Recht auf Asyl in der Schweiz sollte leichter in Anspruch genommen werden können.

Der EB 59.2 (2003)¹⁸, an dem die Schweiz aber nicht teilgenommen hat, enthält eine teilweise Replikation der Fragen des EB 53.0 aus dem Jahr 2000 (Q 59, 12 Items) zu ethnischen Minoritäten, und Fragen zur Zurückschaffung von legalen und illegalen Migranten (EB 53, Q 61, 11 Items). Zusätzlich enthalten sind neue Fragen zu Einstellungen gegenüber Immigranten (Q 14, 15 Items) und Asylbewerbern (Q15, 15 Items) sowie Massnahmen in Bezug auf die Immigration in die EU (Q16, 12 Items).

EB 57 (2004) zu Diskriminierung in Europa (Schweiz nicht teilgenommen)

Das EB 57 aus dem Jahr 2004 war dem Thema „Diskriminierungen in Europa“ gewidmet, an dem die Schweiz aber nicht teilgenommen hatte (Europäische Kommission, 2005). Es ist wichtig festzuhalten, dass in einem Survey das subjektive Erleben von Diskriminierungen erfasst wird und nicht objektive Masse für das Vorkommen von Diskriminierungen. Die Definition des Begriffs Diskriminierung lautete für alle Befragten: „andere (und zwar benachteiligende oder schlechtere) Behandlung von Menschen auf Grund der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters und der sexuellen Ausrichtung.“

Die Studie stellte Fragen zur Wahrnehmung von Diskriminierungen aus fünf Gründen:

- Rasse oder ethnische Herkunft,
- Religion oder Weltanschauung,
- Behinderung (körperliche Behinderung, Lernschwierigkeiten oder psychische Krankheit),
- Alter sowie
- sexuelle Ausrichtung.

Zu jedem dieser fünf Gründe wurde der Bereich gefragt, d.h. ob er sich am Arbeitsplatz, im Bildungsbereich, bei der Wohnungssuche oder beim Zugang zu verschiedenen Leistungen (in Restaurants, Geschäften, bei Versicherungen) ereignete. Die Befragten sollten dabei folgende Aspekte angeben:

- ob sie sich in den letzten zwei Jahren *persönlich diskriminiert* gefühlt hatten, und wenn ja, aus welchem Grund.
- ob sie in den letzten zwei Jahren *erlebt* hatten, dass jemand diskriminiert wurde.
- ob sie glaubten, dass eine solche Diskriminierung *gerecht oder ungerecht* sei.

¹⁸ <http://www.za.uni-koeln.de/data/en/eurobarometer/questionnaires/za3905bqe.pdf>

- ob sie glaubten, dass die Leute im Allgemeinen eine solche Diskriminierung für *gerecht oder ungerecht* hielten.

Insgesamt sollten die Befragten Antworten zu vier Aspekten (eigene Erfahrung, Beobachtungen, eigene Einstellung und Einstellung anderer) für sechs „Opferkategorien“ in sieben Diskriminierungsbereichen geben. Insgesamt wurden 108 Fragen hierzu gestellt.

Ebenfalls in diesem Bereich existiert eine *Pilotstudie des EUMC* (2006) zu subjektiven Diskriminierungserfahrungen von Migranten/-innen in 12 EU-Staaten (Basis: Schwedische Studie von 1997):¹⁹ Enthalten sind 17 Kernfragen (manche Länder haben die Fragen auch gekürzt), wobei zwölf dieser 17 Fragen sich auf Erfahrungen im letzten Jahr beziehen:

- (1) harassment by neighbours;
- (2) harassment on the street or in public transport;
- (3) violence and crime;
- (4) bad treatment in contacts with employment agencies;
- (5) bad treatment in contacts with social insurance offices;
- (6) bad treatment in contacts with healthcare institutions;
- (7) bad treatment in contacts with social services;
- (8) bad treatment in contacts with the police;
- (9) denied entry to restaurants or discotheques;
- (10) denied entry to shops;
- (11) bad treatment in restaurants or shops;
- (12) denied the possibility of hiring something or buying something on credit card or loaning money from a bank.

Die restlichen fünf Fragen beziehen sich auf seltenere Formen, die folglich für *die letzten 5 Jahre* abgefragt werden:

- (13) not having been offered a job for which one applied and for which one was qualified;
- (14) missed promotion or having been made redundant;
- (15) insults or other forms of harassment at work;
- (16) denied opportunity to buy/rent an apartment or house;
- (17) bad treatment in school or another institution of education.

4.3. Konzepte zur „ethnischen Exklusion“ des EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia)

Das EUMC hat Tendenzen der ethnischen Exklusion („ethnic exclusionism“) unter *Mehrheitsangehörigen* in europäischen Ländern untersucht (EUMC, 2005). Der theoretische Hintergrund bildet die sogenannte „ethnic competition theory“, die die „realistic conflict theory“ mit der „social identity theory“ kombiniert.²⁰ Im Wesentlichen basiert sie auf der Vorstellung, dass Personen, die sich subjektiv durch ethnische Minderheiten bedroht fühlen, mit der Abwertung der out-group (ethnische Minderheiten) und der gleichzeitigen Bevorzugung der in-group (Eigengruppe) reagieren.

Anhand von Items aus den Eurobarometer-Studien der Jahre 1997, 2000 und 2003 sowie dem ESS 2003 [korrekt 2002, d.h. 1. Runde, Anmerk. d. Verf.] wurden die folgenden Konzeptionen entwickelt, die auch für vorliegende Monitoring-Zwecke in Betracht zu ziehen sind, sofern nur Mehrheitsangehörige, d.h. Schweizer Bürger/innen, befragt werden sollen.

¹⁹ Siehe: <http://eumc.europa.eu/eumc/material/pub/merx/Migrants-Experiences-web.pdf>

²⁰ Ausführlich siehe: <http://eumc.europa.eu/eumc/material/pub/eurobarometer/EB2005/Report-1.pdf>

Wichtig anzumerken ist jedoch, dass die Daten des ESS 2002 aus der ersten Runde stammen, in der Migrationsthemen in einem sogenannten rotierenden Modul ausführlich behandelt wurden. Da diese aber nicht zum Kernmodul gehören, bleibt somit unklar, wann diese das nächste Mal wiederholt werden.

Der Eurobarometer und der ESS sind bei Fragen nach der Zurückschaffung nicht vergleichbar, da sie verschiedene Definitionen von „Migranten“ verwenden: im Eurobarometer sind legal anwesende (d.h. niedergelassene) Migranten/innen von ausserhalb der EU genannt, während im ESS von kriminellen Migranten/innen die Rede ist.

4.3.1. Konzepte und Items anhand des EB:

Die Konzepte sind:

- Widerstand gegen die multikulturelle Gesellschaft.
- Grenzen der multikulturellen Gesellschaft.
- Opposition gegenüber Bürgerrechten von legal anwesenden, von ausserhalb der EU stammenden Migranten.
- Befürwortung einer Politik der Zurückschaffung von legal anwesenden, von ausserhalb der EU stammenden Migranten.

1. Resistance to multicultural society

- It is a good thing for any society to be made up of people from different races, religions or cultures.
- (COUNTRY X'S) diversity in terms of race, religion or culture adds to its strengths.

2. Limits to multicultural society

- There is a limit to how many people of other races, religions or cultures a society can accept.
- (COUNTRY X) has reached its limits; if there were to be more people belonging to these minority groups we would have problems.

3. Opposition to civil rights for legal migrants

- Legally established immigrants from outside the European Union should have the same social rights as the (NATIONALITY) citizens.
- Legally established immigrants from outside the European Union should have the right to bring members of their immediate family in (COUNTRY X).
- Legally established immigrants from outside the European Union should be able to become naturalised easily.

4. Favour repatriation policies for legal migrants

- Legally established immigrants ('from outside the European Union' – inserted in the 15 EU Member States surveys) should be sent back to their country of origin if they are unemployed.
- Legally established immigrants ('from outside the European Union' – inserted in the 15 EU Member States surveys) should all be sent back to their country of origin.

4.3.2. Konzepte und Items anhand des ESS

Die Konzepte lauten hier:

- Widerstand gegen gesellschaftliche Diversität [Gebräuche und Religionen]
- Widerstand gegen Immigranten
- Widerstand gegen Asylbewerber
- Befürwortung von „ethnischer Distanz“
- Wahrgenommene kollektive ethnische Bedrohung
- Befürwortung einer Politik der Zurückschaffung von Immigranten.

1. Resistance to diversity

- It is better for a country if almost everyone shares customs and traditions
- It is better for a country if there is a variety of different religions

2. Resistance to immigrants

- Allow many/few immigrants of different race/ethnic group from majority
- Allow many/few immigrants from poorer countries in Europe
- Allow many/few immigrants from poorer countries outside Europe

3. Resistance to asylum seekers

- Refugee applicants allowed to work while cases considered
- Financial support to refugee applicants while cases considered
- Granted refugees should be entitled to bring close family members

4. Favour ethnic distance

- Mind if your boss is an immigrant of the same race/ethnic group as majority
- Mind if a close relative is married to an immigrant of the same race/ethnic group as majority
- Mind if your boss is an immigrant of a different race/ethnic group as majority
- Mind if a close relative is married to an immigrant of a different race/ethnic group as majority

5. Perceived collective ethnic threat

- Do immigrants take jobs away in (country) or create new jobs
- Taxes and services: do immigrants take out more than they put in
- **Is immigration bad or good for (country's) economy**
- **Is the (country's) cultural life undermined or enriched by immigrants**
- **Do immigrants make (country's) worse or better place to live**
- Do immigrants make (country's) crime problems worse or better

6. Favour repatriation policies for criminal migrants

- If immigrants commit serious crime they should be made to leave
- If immigrants commit any crime they should be made to leave

Kommentar

Die fett hervorgehobenen Items gehören zum Kernfragebogen des ESS und werden alle zwei Jahre in der Schweiz wiederholt.

4.4. International Social Survey Programme (ISSP)

Das ISSP zählte 2006 41 Mitgliederstaaten, v.a. aus Europa, aber auch Amerika, Asien (Japan, Korea, Philippinen, Thailand) und Australien, Neuseeland und Süd-Afrika. Seit 1984 werden jährliche Befragungen mit Länder-Stichproben von je etwa 1000 Personen zu immer wechselnden Spezialthemen, wie etwa der Rolle der Regierung, sozialen Netzwerken, sozialer Ungleichheit, Familie, Religion oder Arbeit durchgeführt.²¹

In der Schweiz wurden die ISSP Surveys von 2000 bis 2003 jährlich zusammen mit den Eurobarometer in der Schweiz durchgeführt. Die Module des ISSP 2004 (Citizenship) und 2005 (Role of Government IV) wurden in der Schweiz im Rahmen des neuen Surveys „MOSAiCH“ im 2005 (s.u.) befragt und finden in Zukunft zweijährlich statt. Die Koordination der Surveys liegt bei SIDOS und werden vom SNF finanziert.

Im vorliegenden Zusammenhang wichtig festzuhalten ist, dass die Module sich aber *nur etwa alle 7 bis 10 Jahre* zu wiederholen scheinen.

4.4.1. Relevante Items

ISSP führte im Jahr 1995 ein Modul zur „Nationalen Identität“ durch, das 2003 teilweise repliziert wurde (und auch neue Fragen beinhaltete).²²

Der ISSP 2003 wurde in der Schweiz zusammen mit dem EB in der Schweiz Modul „Familie“ (gleich EB 59.0 der EU) durchgeführt (Stichprobe in der Schweiz: 1037).²³

²¹ Siehe: <http://www.issp.org/data.shtml>

²² Für gesamten Fragebogen „Nationale Identität II“ siehe:

http://www.gesis.org/en/data_service/issp/data/2003_National_Identity_II.htm

Insgesamt gesehen weist dieses Modul gute Items, für die im Folgenden Beispiele aufgeführt werden.

Item-Bsp ISSP 2003:

Zu Fremdenfeindlichkeit (Q165) :

Die Meinungen über die Zuwanderer, die in der Schweiz leben, gehen auseinander. (Unter «Zuwanderern» verstehen wir Menschen anderer Nationalitäten, die in die Schweiz kommen, um sich hier niederzulassen.) In welchem Masse sind Sie mit jeder der folgenden Aussagen einverstanden oder nicht einverstanden ?

- 1 Zuwanderer treiben die Kriminalitätsrate in die Höhe
- 2 Zuwanderer sind generell gut für die Schweizer Wirtschaft
- 3 Zuwanderer nehmen jenen Leuten, die in der Schweiz geboren wurden, die Arbeit weg
- 4 Zuwanderer beleben die Schweizer Gesellschaft, indem sie neue Ideen und andere Kulturen mitbringen
- 5 Die Regierung gibt zu viel Geld für die Unterstützung von Zuwanderern aus.

Antworten: 1 Sehr einverstanden, 2 Einverstanden, 3 Weder einverstanden noch nicht einverstanden, 4 Nicht einverstanden, 5 Überhaupt nicht einverstanden (6 Kann ich nicht sagen, 98 7 Weiss nicht, 99 8 Keine Antwort)

Zu Patriotismus / Chauvinismus (Q159)

- 1 Ich bin lieber Bürgerin/Bürger der Schweiz als irgend eines anderen Landes der Welt
- 2 In der Schweiz gibt es heute gewisse Dinge, für die ich mich schäme
- 3 Die Welt wäre besser, wenn die Menschen aus anderen Ländern mehr wie die Schweizer wären
- 4 Generell kann man sagen, dass die Schweiz besser ist als die meisten anderen Länder der Welt
- 5 Man sollte das eigene Land selbst dann unterstützen, wenn es Fehler macht
- 6 Wenn mein Land bei internationalen Sportveranstaltungen gut abschneidet, bin ich stolz, SchweizerIn zu sein
- 7 Ich bin oft nicht so stolz auf die Schweiz, wie ich es eigentlich gerne wäre

Zur Beschränkung der Zuwanderung (Q166):

Finden Sie, die Zahl der Zuwanderer in der Schweiz sollte heutzutage ... ?

- 1 Erheblich erhöht werden
- 2 Leicht erhöht werden
- 3 Auf dem aktuellen Stand bleiben
- 4 Leicht verringert werden
- 5 Erheblich verringert werden
- 6 Kann ich nicht sagen
- 98 7 Weiss nicht
- 99 8 Keine Antwort

Zur Einstellung zu Einbürgerungen (Q171):

- 1 In der Schweiz geborene Kinder von Ausländern sollten das Recht haben, Schweizer Bürger zu werden.
- 2 Im Ausland geborene Kinder sollten das Recht haben, Schweizer Bürger zu werden, sofern wenigstens einer von beiden Elternteilen Schweizer Bürger ist.
- 3 Legale Zuwanderer ohne Schweizer Bürgerrecht sollten die gleichen Rechte wie Schweizer Bürger haben.
- 4 Die Schweiz sollte strengere Massnahmen ergreifen, um illegale Zuwanderer auszuweisen.

²³ Keine Publikationen zu diesem Modul gemäss Publikationsliste im Web, zudem keine Informationen zu Skalenbildung bzw. deren Qualität.

4.5. MOSAiCH

Die Befragungen der „Eurobarometer in der Schweiz“ werden seit 2005 unter dem Namen „MOSAiCH“ (Messung und Observation von sozialen Aspekten in der Schweiz) durchgeführt. Dieser Survey wird alle zwei Jahre stattfinden und ist vom SNF finanziert.

Die Befragung enthält auch jeweils die zwei aktuellen ISSP-Module, z.B. enthielt MOSAiCH 2005 auch die Module des ISSP 2004 und 2005. Befragt werden rund 1000 repräsentativ ausgewählte Personen, die in der Schweiz wohnhaft sind.

Die Struktur der Themen ist wie folgt:

- Soziodemografische Charakteristika (Alter, Ausbildung, Beruf, familiäre Situation, u.a.) [EB in CH plus weitere Fragen]
- Soziopolitischer Teil (Meinungen zu europäischen und schweizerischen Institutionen, u.a. Vertrauen) [EB in CH, für CH angepasste EB-Fragen]
- Wechselnde Themen (v.a. ISSP-Module, aber z.B. auch Mediennutzung des EB)

Im 2005 waren es die Themen Staatsbürgerschaft, Arbeit, und Soziale Netze. Vorgesehene Themen für 2007 sind die Rolle der Regierung (ISSP 2006), sowie Freizeit und Sport (ISSP 2007). Für 2008/09 sind Religion III und Soziale Ungleichheit IV geplant.

Dieser Survey enthält also für unseren Gebrauch bis auf weiteres *keine relevanten Items*.

4.6. UNIVOX/VOX Umfragen

UNIVOX wurde 1986 auf Initiative des GfS-Forschungsinstituts in Zusammenarbeit mit über 20 Hochschulinstituten gegründet. Es ist ein privatwirtschaftlich organisiertes Forschungsprogramm zur systematischen Langzeitbeobachtung der Schweizer Gesellschaft. Seit 1986 werden Umfragen zu insgesamt 24 Themenbereichen durchgeführt. Die Grundgesamtheit bilden Schweizer *Stimmberechtigte*.

Die Stichprobe wird mittels eines kombinierten Random-/Quotaverfahrens ausgewählt: Erstens erfolgt die Ziehung von 70 Gemeinden (sampling points) nach einem gewichteten Zufallsverfahren innerhalb den Gebieten Deutsch- und Westschweiz sowie agglomerierten und ländlichen Gegenden. Zweitens werden innerhalb dieser Gemeinden die Zielpersonen für die Interviews nach dem Quotenverfahren bestimmt. Die Personenauswahl nehmen die Interviewer/innen selbst vor. Sie haben sich dabei bei jeweils 10 Interviews an Quoten für das Geschlecht, das Alter und den Beruf zu halten.

Die gesamte realisierte Stichprobe beträgt normalerweise 700, manchmal 1000 oder 1200 Befragte. Davon stammt jeweils 3/4 aus der Deutschschweiz und 1/4 aus der Romandie. Das *Tessin* ist also nicht vertreten. Die Befragung erfolgt *face-to-face*. [keine Angaben zu Rücklaufquote, für deren Berechnung man die gesamte Anzahl Kontakte der Interviewer/innen wissen müsste.]

Ein Interview im Rahmen der Omnibus-Befragungen dauert im Schnitt 40-60 Minuten, wobei meist mehrere Themenbereiche erfragt werden (durchschnittlich 6 UNIVOX-Themen und einzelne Zusatzfragen anderer Kunden). Die Befragungsdauer im Feld beträgt jeweils 3 Wochen.

4.6.1. VOX-Analysen (gfs.bern)

In der Cattacin et al. (2006) Studie wird empfohlen, eine reduzierte Form des Monitorings als VOX-Studie durchzuführen. Ein Vorteil sei sie Unabhängigkeit, da die Datenanalyse

turnusgemäss von den Politologischen Instituten der drei Universitäten Bern, Genf und Zürich durchgeführt würden. VOX-Analysen sind eigentlich Befragungen nach eidgenössischen Abstimmungen und umfassen meist etwa 1000 Personen.²⁴

Daneben besteht ein Gefäss VOX-Trend, in dem auf jährlicher Basis v.a. politik-wissenschaftliche Themen mit vorhergehenden Legislaturperioden verglichen werden.

Die VOX-Analysen sind als Grundmodell für die Durchführung bzw. Datenanalyse interessant, thematisch bieten sie jedoch keine relevanten Anknüpfungspunkte.

4.6.2. Relevante Items

UNIVOX publizierte den Bericht „Kultur / Ausländer/innen 2002/ 2003“ zu den Themen Einstellungen gegenüber Ausländern/-innen in der Schweiz, Einbürgerungen, Integrationsmassnahmen und die Akzeptanz konkreter Nationalitäten.

Interessant ist das Beliebtheit-Item, das auch Vergleiche unter verschiedenen Minderheiten erlauben würde.

Tabelle 3 Themen/Fragebereiche UNIVOX

Fragenr.	Fragen zu	Jahre
IE 51	„Stabilisierungsmassnahmen“ [Begriff impliziert chaotische Zustände, d. Verf.], d.h. Regulierung der Ausländerzahl in CH	94, 97, 02/03, 04/05
IE 52	Meinungen zu Ausländerfragen: - Schweiz auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen - Bei Jobvergabe Bevorzugung von Schweizern bei gleicher Qualifizierung - uneingeschränktes Recht auf Familiennachzug - Förderung von Ausländerkindern zur Verminderung der Chancenungleichheit - Stimmrecht für Ausländer/innen bei Gemeindewahlen, -abstimmungen - erleichterte Einbürgerung von jungen in der Schweiz aufgewachsenen Ausländern/-innen - Verbesserung der sprachlichen Fertigkeiten von Ausländern/-innen	94, 97, 02/03, 04/05
IE 53	Beliebtheit verschiedener Nationalitäten und Ethnien (geordnet nach Bevölkerungsstärke in CH)	94, 97, 00/01, 02/03, [ab 97 Teilfragen weggefallen bzw. neu]
IE 54	Meinungen zum Zusammenleben von Schweizern und Ausländern: - Anpassung - Recht auf eigene Tradition - Vermehrter Kontakt - Schweizer müssen eigenen Weg gehen	94, 97, 04/05

Insgesamt handelt es sich um vorwiegend positiv formulierte Einzel-Fragen, deren Ablehnung als Feindlichkeit ausgelegt werden kann. Es wurden aber *keine Skalen* mit mehreren Items verwendet, wie dies aus wissenschaftlicher Sicht wünschbar wäre.

4.7. GMF-Survey (IKG Bielefeld)

Das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld führt seit 2002 das Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF), das als „empirische Langzeitbeobachtung menschenfeindlicher Einstellungen in der

²⁴ Siehe: <http://www.polittrends.ch/vox-analysen/vox-analysen.php>

Bevölkerung“ angelegt ist. Es handelt sich um ein Grossprojekt, das von Wilhelm Heitmeyer und seinem Team initiiert und geleitet wird. Dabei werden in Deutschland über 10 Jahre hinweg jährlich 3'000 Interviews mit repräsentativ ausgewählte Personen durchgeführt. Zurzeit liegen Daten von fünf Wellen (2002-2006) vor, wobei die Daten der ersten Welle bereits bei GESIS (<http://www.gesis.org>) für die Forschung zur Verfügung gestellt wird.

Ebenfalls geplant ist die Ausweitung der deutschen Studie auf die *sieben europäischen Länder* Schweden, Grossbritannien, Frankreich, Niederlande, Deutschland, Portugal und Ungarn. Die repräsentativen Surveys waren für 2006 geplant, können gemäss Auskunft vom IKG aber erst 2007 oder 2008 durchgeführt werden (E-mail von Anna Klein i.A. Heitmeyer).

Das Projekt dient wissenschaftlichen Zwecken und weist darüber hinaus auch gesellschaftspolitische Bedeutung auf. Menschenfeindlichen Einstellungen liege eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ zugrunde, die dem Wertgrundsatz der Gleichheit von Menschen widerspräche und nicht zuletzt zur „Legitimation von Gewalt gegen Minderheiten und Schwache“ dienen könne (http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekt_gmf-survey.htm).

Ziel des GMF-Projekts ist es, „das Ausmass und die Entwicklung des Syndroms menschenfeindlicher Einstellungen (Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Heterophobie, Islamphobie, Etabliertenvorrechte) in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland im Zeitverlauf zu analysieren und auf der Basis sozialpsychologischer und soziologischer Konzepte zu erklären.“ (http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekt_gmf-survey.htm)

Die Cattacin et al. Studie (2006) lehnte sich konzeptionell sehr stark an das GMF-Projekt an. „Misanthropie“ und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ sind als Synonyme zu betrachten. Das zentrale Konstrukt der GMF besteht aus folgenden Konzepten: Rassismus Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie (ab 2005 drei Konzepte: Obdachlosenabwertung, Homophobie und Behindertenabwertung), Islamophobie, Etabliertenvorrechte, Klassischer Sexismus

4.7.1. Relevante Items

Der GMF-Survey umfasst also die auch im vorliegenden Kontext relevanten Kernkonzepte Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie.

Vorteil dieses Surveys ist überdies seine sehr umfangreiche Berücksichtigung von erklärenden Konzepten, die von grossem wissenschaftlichem Wert ist. Auf diese wird an anderen Orten dieser Arbeit hingewiesen.

Nachteil für ein Monitoring stellt die für eine wissenschaftliche Untersuchung zwar selten lange Dauer von 10 Jahren dar, die jedoch für ein langfristiges Monitoring, das unabhängig von einem einzigen universitären Institut sein will, zu kurz ausfällt.

Tabelle 4 Übersicht der bestehenden Surveys

Name, Typ	Grundgesamtheit	Stichprobe	Stichprobenziehung	Erhebungsmodus	Periodizität, Teilnahme CH	Relevante Themen, Sonstiges	Durchführung, Finanzierung
ESS (vergleichbar mit über 20 europäischen Ländern)	Wohnbevölkerung ab 15 Jahren	Min. 1500 (800 in Ländern < 2 Mio.) CH: über 2000	Versch. Designs (multistage stratified, clustered sampling). CH: Zufallsauswahl auf 3 Ebenen: 1. PLZ in 6 Regionen, 2. HH pro PLZ, 3. Befragte/r innerhalb HH. (Ab 2006 direkte Auswahl der HH aus nationalem Register).	face-to-face interviews (CAPI)	Alle 2 Jahre. Bislang 3 Runden durchgeführt: 2002, 2004, 2006)	<i>Kernmodule, Runde 2 u. 3:</i> Immigration und Einfluss auf Wirtschaft, Kultur, Lebensqualität. Wahrgen. Diskriminierung (ja/nein) und Grund dafür. Selbstidentifikation als ethnische Minderheit. <i>Rotierendes Modul 2002:</i> Immigration, Asylwesen [unklar, wann wiederholt]. Social trust.	Org: MIS Trend. Koord.: SIDOS. Finanz: SNF
Eurobarometer in der Schweiz (vergleichbar mit Ländern der EU)	EU: Bürger der EU. CH: Wohnbevölkerung ab 15 Jahren	Rund 1000 Personen Rücklauf: 26% (2000) bis 31% (2003)	dito	face-to-face interviews (CAPI).	EB: Mehrmals jährlich seit 1974 EB in CH: Jährlich 1999-2003, zweijährlich ab 2005, aber nur soziodemografischer Teil, keine EB Themen	EB Schweiz u. ISSP 2000: Einstellung zu Ausländern (identisch EB 53). 2003: Nationale Identität	Org: IHA-GfK, IPSO (2000), MIS Trend (2003); Koord: SIDOS; Finanz: SNF
ISSP (vergleichbar mit über 40 Ländern weltweit)	Wohnbevölkerung	Rund 1000 Personen Rücklauf: 26% (2000) bis 31% (2003)	CH: Dito Eurobarometer in der Schweiz	face-to-face interviews (CAPI).	Jährliche Spezialmodule seit 1984 (Wdhlg. etwa alle 10 Jahre). CH: seit 2000 jährlich zus. mit EB in CH; zweijährlich ab 2005 (in MOSAiCH)	ISSP 1995: Modul ‚Nationale Identität‘, 2003 teilweise repliziert (auch neue Fragen) ‚Nationale Identität II‘:	Koord: SIDOS; Finanz: SNF
MOSAiCH (Nachfolge EB in Schweiz / ISSP-Module)	CH: Wohnbevölkerung ab 17 Jahren	Rund 1000 Personen	CH: Zufallsauswahl 1. 100 PLZ (prop. zu HH in sechs Grossregionen). 2. 10 Haushalte pro PLZ. 3. Zielperson in HH (KISH Methode).	face-to-face interviews (CAPI).	CH: Zweijährlich ab 2005	Keine	Koord: SIDOS; Finanz: SNF
UNIVOX (gfs.zürich)	Nur Schweizer Stimmberechtigte	Meist 700, manchmal 1000 und 1200	kombiniertes Random-/Quotaverfahren: 1. Zufällige Ziehung von 70 Gemeinden; 2.	face-to-face interviews	Jährlich mehrere Umfragen. Ca. alle 2 Jahre	Fragen zu Ausländern in UNIVOX Kultur-Modul: Einstellungen zu Ausländer/-innen, Einbürgerungen,	Org: Eigener Interviewerstab.

	Nur Deutschschweiz und Romandie		Bestimmung der Befragten nach Quoten für Alter, Geschlecht und Beruf durch Interviewer/innen (je 10 Interviews)		Wiederhlg. thematischer Module	Integrationsmassnahmen, Beliebtheit konkreter Nationalitäten / Ethnien.	Finanz: Kunden
GMF, Heitmeyer et al. (vergleichbar mit BRD; Vorstudien in 7 europ. Ländern).	Deutsche Wohnbevölkerung	Rund 3000 Personen	[GMF anfragen]	Telefoninterviews (CATI)	Jährlich seit 2002 (bis 2012 geplant)	Alle Kernkonzepte (Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie) und wichtige Erklärungsgrössen, z.B. Autoritarismus, Anomia, relative Deprivation.	Koord.: IKG, Uni Bielefeld Org. Infratest Finanz.: Öffentl. und private Forschungsgelder

4.8. Rechtsextreme Einstellungen

Während die bisher diskutierten grossen europäischen Surveys alle Items zu Fremdenfeindlichkeit enthielten, weist keiner Items zu rechtsextremen Einstellungen auf. Diesbezüglich ist die Situation so, dass entweder Einzelstudien vorliegen oder, bei vergleichend angelegten Studien, diese nur im Querschnitt vorliegen und folglich keine Datenreihen beinhalten, die eine Einschätzung von zeitlichen Veränderungen erlaubten.

4.8.1. EU-Projekt SIREN

Das EU-Projekt SIREN (De Weerd, De Witte, Catellani, & Milesi, 2004) untersuchte in acht europäischen Ländern, u.a. in der Schweiz, den Einfluss von sozioökonomischem Wandel auf die Affinität zu rechtsextremen Parteien bzw. die Verhaltensabsicht diese zu wählen. Es stellt ein einmalig durchgeführtes Projekt dar. Rund 5800 Telefon-Interviews (CATI) in Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, sowie Ungarn und Schweiz (n=900). Die Stichprobe bestand aus Nationalbürger/innen, die seit mind. fünf Jahren am Arbeiten waren (angestellt oder selbstständig). Es wurde also eine *Limitierung auf die Arbeitsbevölkerung sowie Inländer/innen* vorgenommen.

Aufgrund von einer Literaturstudie wurden Determinanten von rechtsextremer Affinität (bzw. Absicht bei politischen Wahlen) identifiziert:

- Ethnocentrism / Prejudice against immigrants (five items):
 - “Immigrants take jobs away from (citizens of the country)”
 - “Immigrants increase crime rates”
- Authoritarianism (five items):
 - “Most of our social problems would be solved if we could somehow get rid of immoral and antisocial people”
 - “Obedience and respect for authority are the most important virtues children should learn”
- Nationalism / Chauvinism (five items):
 - “I would rather be citizen of (name of the country) than of any other country in the world”
 - “The world would be a better place if people from other countries were more like the (citizens of the country)”
 - “Generally speaking, (country) is a better country than most other country”
- Political powerlessness (six items)
 - “It seems that whatever party people vote for, things go on pretty much the same”,
 - “Politics sometimes seems so complicated that I can’t understand what’s going on”
- Social dominance orientation SDO [„new racism”] (five items):
 - “I find it normal that some people have more of a chance in life than others”
 - “To get ahead in life it is sometimes necessary to step on others”

Die ersten vier stellen „klassische” Faktoren dar, während die fünfte neuere Formen des Rassismus abdeckt. Die soziale Dominanzorientierung (SDO) wird dabei aufgrund theoretischer Gründe als der Fremdenfeindlichkeit, Autoritarismus und Chauvinismus vorgelagerte Einstellung konzipiert.

Die einzelnen Dimensionen sind zudem teststatistisch gut abgesichert, wobei sich Chauvinismus und politische Machtlosigkeit auf drei Items reduzieren (Tabelle 5).

Tabelle 5 Konfirmatorische Faktoranalyse der Dimensionen rechtsextremer Einstellungen

Table A-1: Results of the confirmatory factor analysis of four RWE receptiveness attitudes (authoritarianism, prejudice against immigrants, chauvinism, political powerlessness) in eight European countries

			Switzerland				Austria				Belgium			
			AU	MIG	CH	PP	AU	MIG	CH	PP	AU	MIG	CH	PP
Q25_	6	I would rather be citizen of ... than of any other country in the world.			0.71			0.78					0.70	
Q25_	8	The world would be better if people were more like the [citizens of country].			0.72			0.61					0.66	
Q25_	9	Generally speaking, ... is a better country than most other countries.			0.75			0.79					0.78	
Q25_	11	Immigrants increase crime rates in [country].		0.64		0.41	-0.49					0.71		
Q25_	12	The presence of immigrants enriches the culture of our society.		-0.63			0.72					-0.58		
Q25_	13	Immigrants take jobs away from [citizens of country].		0.66			-0.57					0.65		
Q25_	14	Immigrants are a threat to our culture and customs.		0.69		0.45	-0.57					0.75		
Q25_	15	Immigrants contribute to the welfare of this country.		-0.67			0.68					-0.71		
Q25_	16	Obedience and respect for authority are the most important virtues for children.	0.57			0.66				0.60				
Q25_	17	Social problems solved, if we could get rid of immoral and anti-social people.	0.48			0.54				0.53				
Q25_	18	Sex offenders deserve more than imprisonment; ought to be publicly whipped.	0.40			0.53				0.56				
Q25_	19	What we need most is a few courageous and devoted leaders.	0.70			0.65				0.77				
Q25_	20	We need strong leaders who tell us what to do.	0.72			0.78				0.78				
Q26_	1	It seems that whatever party people vote for, things go on pretty much the same.							0.74				0.79	
Q26_	2	People like me have no influence on what the government does.				0.79			0.66				0.73	
Q26_	5	The people we elect members of parliament quickly lose touch with their voters.				0.65			0.66				0.64	

AU=authoritarianism

MIG=prejudice against immigrants

CH=chauvinism

PP=political powerlessness

Quelle: De Weerd, De Witte, Catellani, & Milesi (2004, 111).

Die nur moderaten Zusammenhänge zwischen Autoritarismus und SDO erklären Duriez und van Hiel (2002, 1220) damit, dass es sich um zwei Arten von Vorurteilsneigungen handelt. Beim Autoritarismus ziele die Abwertung auf „Ziele“, die wahrgenommene Normen und Standards der Eigengruppen verletzen, während SDO auf einem Bedürfnis der Aufrechterhaltung von Statusunterschieden, von denen man profitiere, basiere. Insgesamt gesehen stelle Autoritarismus ein intra-group Phänomen dar, während SDO ein inter-group Phänomen sei.

4.8.2. Rechtsextremismusstudie von Decker und Brähler (2005)

Empirisch werden rechtsextreme Einstellungen von Decker und Brähler (2005) durch sechs Dimensionen mit je drei Items erfasst (die teststatistisch abgesicherte Dimensionen darstellen):

- Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur:
 - „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“
 - „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“
 - „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“
- Chauvinismus:
 - „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“
 - „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“
 - „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“
- Ausländerfeindlichkeit:
 - „Die Ausländer kommen nur hierher um unseren Sozialstaat auszunutzen“
 - „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“
 - „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Mass überfremdet“
- Antisemitismus:
 - „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu gross“
 - „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“
 - „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“
- Sozialdarwinismus:
 - „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“
 - „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“
 - „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“
- Verharmlosung des Nationalsozialismus:
 - „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als grossen Staatsmann ansehen“
 - „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden“
 - „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“

Kommentar:

Die einzelnen Dimensionen weisen m.E. sehr gute Items auf, sie sind kurz, eindeutig und prägnant. Insbesondere die dem Konzept des Autoritarismus sehr nahe Dimension der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur sind sehr klar und eindeutig, z.B. wird explizit die Volksgemeinschaft angesprochen. Die Dimension der Verharmlosung des Nationalsozialismus erscheint allenfalls als zu stark am deutschen Kontext orientiert, kann aber auch als Element zur Einschätzung von wirklich „harten“ Rechtsextremisten dienen.

Die Studie wurde nur in Deutschland durchgeführt, und ist mit einer anderen deutschen Studie von 1999 teilweise vergleichbar.

4.9. Zusammenfassung

4.9.1. Bezüglich Fremdenfeindlichkeit

Der *ISSP* (bzw. *MOSAiCH in der Schweiz*) hat zwar gute Items, diese werden aber nur alle 7-10 Jahre wiederholt. Die Möglichkeit, diese in einem eigenen Monitoring-Gefäss zu verwenden, mit europäischer Vergleichbarkeit nur alle 10 Jahre, ist wenig sinnvoll.

Im *Eurobarometer in der Schweiz* (*MOSAiCH*) werden keine thematischen Eurobarometer-Module mehr berücksichtigt, auch nicht der ausführliche EB 53, der auch in der Studie von Cattacin et al. (2006) ausgiebig verwendet wurde.

Es bestünde die Möglichkeit, diese Fragen in einem Monitoring-Gefäss zu verwenden, wobei jedoch der Zeitpunkt für eine zukünftige Vergleichbarkeit gänzlich unbekannt bleiben würde. Es ist völlig unbekannt, ob, und falls ja, wann der EB 53 wiederholt wird. Eine Anfrage beim EB ergab, dass diese Themen auf Vorschlag der „Direction general“ (DG) der Europäischen Kommission durchgeführt werden und dass es keine Regelmässigkeit in der Wiederholung bestimmter Themen gäbe (ausser die DG verlange eben dies).

Der *ESS* weist gute Items in Runde 1 auf, wobei jedoch deren Wiederholung unbekannt bzw. ungewiss ist. Die Items der Runde 2 und 3 könnten als Kern-Items für (moderate) Fremdenfeindlichkeit dienen:

- Fragen zur Regulierung der Immigration von Personen derselben ethnischen Gruppen / anderen ethnischen Gruppen / aus ärmeren Ländern ausserhalb Europas
- Meinungen zum guten / schlechten Einfluss von Immigranten auf Wirtschaft, Kultur und Lebensqualität.
- (Zudem wahrgenommene Diskriminierung als Gruppenangehörige ja / nein bzw. Gründe dafür)

Im *UNIVOX* sind eher moderate Fremdenfeindlichkeits-Items enthalten, bzw. die Fremdenfeindlichkeit müsste vorwiegend aus der Ablehnung von positiven Items erschlossen werden (was jedoch auch als validere Einschätzung gelten könnte). Es ist der einzige Survey mit regelmässig erhobenen, teilweise aber unterschiedlich erfassten „Beliebtheits-Items“ (von Nationen, Minderheiten).

Der *GMF-Survey* weist eine hohe wissenschaftliche Qualität und Relevanz für ein Monitoring auf und bietet jährliche Vergleichbarkeit mit Deutschland bis 2012. Mit sieben weiteren europäischen Staaten ergibt sich eine mindestens einmalige Vergleichsbasis, weitere Erhebungen sind aber ungewiss.

Das *SIREN-Projekt* sowie die Studie von *Decker und Brähler (2005)* verfügen ebenfalls über gute Items. Bei diesen Studien handelt es sich aber um nur einmal durchgeführte Projekte.

4.9.2. Bezüglich anderen Kerndimensionen

Die einzige Quelle, die einen gewissen europäischen Vergleich erlaubt, ist der GMF-Survey. Wie oben erwähnt, ist dieser geografisch sehr eingeschränkt (v.a. BRD), zeitlich limitiert (bis 2012) und ist abhängig von einem Universitätsinstitut (IKG, Universität Bielefeld). Der GMF-Survey weist jedoch einen hohen wissenschaftlichen Wert und teststatistisch abgesicherte Skalen auf.

5. Auswahl der Items und Itembatterien für ein Monitoring

Das Vorgehen zur möglichen Auswahl stützt sich zunächst auf die Bestimmung der Kernkonzepte der Cattacin et al. (2006) Studie. Anhand der Diskussion der einzelnen Kernbereiche werden sodann alternative und ergänzende Items vorgeschlagen.

In der Studie von Cattacin et al. (2006) selbst wird eine Kürzung des Fragebogens vorgeschlagen: „In particular, we recommend reducing the duration from 40 to 30 minutes, eliminating questions going in the same direction and elements regarding the professional situation of the interviewed people.“ (Cattacin et al., 2006, 7).

Diese Aussage präzisierend, schlage ich im Folgenden konkrete Fragebereiche für den Kontext von Einstellungen vor, die aus meiner Sicht zentral sind und beibehalten werden sollten. Zudem werden die verwendeten Items grundsätzlich kommentiert.

Kernkonzepte der Cattacin et al. (2006) Studie:

- Xenophobie
- Antisemitismus
- Islamophobie
- Rechtsextremismuspotential (Cattacin et al., 2006, 47f.)
 - Autoritarismus („Law & Order“)
 - Gewaltbefürwortung
 - Politisches Misstrauen (Distrust)
- Einstellungen zu Migration
- Eigene Diskriminationserfahrungen
- Eigene Gewalterfahrungen

Kontext:

- Politische Positionierung
- Patriotismus/Nationalismus
- Orientierung(-slosigkeit, Anomia)
- Berufliche Situation, Objektiv
- Berufliche Situation, Subjektiv
- Soziodemografische Angaben
- Ethnizität, objektiv und subjektiv
- Religiosität

Als weiter zu berücksichtigende wichtige Konzepte werden die *Anomia* und die *relative Deprivation* vorgeschlagen.

5.1. Xenophobie

Quellen der Items:

- Eurobarometer 53, Jahr 2000 (EB 53), 7 Items
- Niederberger-Studie in Emmen, 1 Item
- GMF-Survey (Heitmeyer et al.), 1 Item
- BG, 1 Item [vermutlich Eigenkonstruktion Cattacin et al. (2006) bzw. ERASM, Anm. d. Verf.]

Antwortformat: Grad der Zustimmung auf Likert-Skala von „voll und ganz, eher, eher nicht, überhaupt nicht“ (zusätzlich „weiss nicht“).

Items:

- Q68.1: Ausländer und Ausländerinnen missbrauchen das System der Sozialleistungen (EB53/Q51.3, FB-D, S.17)
- Q68.2: Ausländer und Ausländerinnen werden auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. (EB53/Q51.16, FB-D, S.17)
- Q68.3: Die Ausländer und Ausländerinnen auf der Strasse sind dafür verantwortlich, dass ich mich nicht sicher fühle. (Niederberger, Umfrage in Emmen).
- Q68.4: Die Behörden sollten sich bemühen, die Lage von Ausländern zu verbessern. (EB53/Q51.4, FB-D, S.17)
- Q68.5: Ausländer und Ausländerinnen machen die Arbeiten, die andere nicht tun wollen. (EB53/Q51.12, FB-D, S.17)
- Q68.6: Ausländer/innen erhöhen die Arbeitslosigkeit in der Schweiz (EB 53, Q51.15, FB-D, S.17)**
- Q68.7: Die vielen ausländischen Kinder in der Schule verhindern eine gute Ausbildung der schweizer Kinder (HEIT02/ff05d1* (FB -S.26)
- Q68.8: Die Vielfalt von Nationalitäten, Religionen oder Kulturen in der Schweiz trägt zu ihrer Stärke bei. (EB53/Q59.3, FB-D, S.19)
- Q68.9: Die Schweiz ist an ihre Grenzen gestossen, wenn es mehr Ausländer/innen bei uns gäbe, hätten wir Probleme (EB 53, Q59.8).**
- Q68.10: Ausländer und Ausländerinnen haben keinen Respekt vor der Umwelt. (BG)

[Anmerkung: Sogenannte Kern-Items bei Cattacin et al., 2006, sind fett hervorgehoben]

Kommentar:

Diese Itematterie enthält teilweise gute Fragen, d.h. solche, die eine Ablehnung von Fremden deutlich zum Ausdruck bringen. Insbesondere die Meinungen zum Missbrauch von Sozialleistungen und zu „Problemen, wenn es mehr Ausländer bei uns gäbe“ sind treffend.

Die Items zur „Erhöhung der Arbeitslosigkeit“ und zu „schlechter Ausbildung wegen Ausländerkindern“ sind u.U. heikel. Gewiss ist es falsch anzunehmen, dass Ausländer/innen die Arbeitslosenrate prinzipiell erhöhen, dennoch könnten Zustimmungen zu diesem Item aufgrund der Tatsache, dass Ausländer/innen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, erfolgen, ohne dass zwingend eine fremdenfeindliche Absicht dahinter stecken muss.

Die Batterie ist mit vier positiv formulierten Items (68.2, 68.4, 68.5 und 68.8) genügend ausgewogen.

Ich könnte mir zudem vorstellen, dass der Begriff „Minderheiten“, wie er im EB Verwendung findet, und „Ausländer“ andere semantische Bedeutungen aufweisen, die u.U. in unterschiedlichen Prozentwerten der Zustimmung resultieren können. In der Schweiz ist der Begriff „Ausländer“ sicherlich geläufiger, aber auch meist negativ konnotiert, wohingegen der Begriff „Minderheiten“ neutraler, aber eventuell auch zu wissenschaftlich-technisch für eine Bevölkerungsumfrage erscheint. Da sich „Minderheiten“ in der Schweiz auch auf sprachliche Minderheitengruppen (Frankophone, etc.) beziehen kann, ist dem Begriff „Ausländer“ dennoch der Vorzug zu geben.

Unklar bleiben die Auswahlkriterien von Cattacin et al. (2006) für die beiden Kern-Items. Hierzu wäre die Darstellung der Resultate einer Faktoranalyse, die die Items mit den stärksten Faktorladungen aufzeigten, hilfreich gewesen.

Zudem sollten in einer zukünftigen Monitoring-Befragung nur Items, die vergleichbar sind, verwendet werden (nicht zuletzt angesichts des knappen Platzes). Auf selber konstruierte Items oder solche, die aus lokalen Studien stammen, sollte verzichtet werden.

5.2. Antisemitismus

Quellen der Items: GMF-Survey (Heitmeyer et al.)

Items:

Q67.1: Juden und Jüdinnen haben in der Schweiz zuviel Einfluss (Heit02/as01w1).

Q67.2: Durch ihr Verhalten sind die Juden und Jüdinnen an ihren Verfolgungen mitschuldig (Heit02/as02w1).

[alpha GMF-Survey: .71]

→ Das Alpha bzw. (bei nur 2 Items:) die Korrelation der Items wurde bei Cattacin et al. (2006) nicht ausgewiesen.

Kommentar:

Beide Items beziehen sich auf den sog. „klassischen“ AS und sind treffend.

Falls auch modernere Formen des AS berücksichtigt werden sollten (sekundärer AS, Israelkritik), müssten entsprechende Items hinzugezogen werden, wie z.B.

- Ausnutzung der Shoa (UNIVOX)
- Items des GMF-Surveys

5.3. Islamophobie

Quellen der Items: GMF-Survey (Heitmeyer et al.)

Items:

Q67.3: Die Muslime/innen in der Schweiz sollten das Recht haben, nach ihren eigenen Glaubensgesetzen zu leben (Heit02/he01m1)

Q67.4: Es ist schlimm, dass Frauen aus religiösen Gründen Kopftücher tragen (Heit02/he01h1).

[→ Korrelation der Items bei Cattatin et al. (2006) nicht ausgewiesen.]

Kommentar:

Diese Fragen versuchen die Toleranz bzw. Intoleranz gegenüber dem Islam zu erfassen, sie sind m.E. aber zu diffus.

Beim ersten Item dürfte davon ausgegangen werden, dass sich die Befragten verschiedene Sachen – wenn überhaupt etwas – unter „eigene Glaubensgesetze“ vorstellen können (fünfmal tägliches Beten, Fasten während Ramadan, Schweinefleischverbot, Kopftuch, Alkoholverbot), was gegen das Gebot der Eindimensionalität von Items verstösst. Zudem suggeriert der Begriff von „Gesetzen“, dass damit für Muslime/-innen andere (juristische) Gesetze gelten sollten als für Schweizer/innen (z.B. Einführung der Scharia). Das Item ist also *suggestiv*, eine weitere Verletzung bei der Itemkonstruktion. Besser hätte man einfach nach dem Recht, „nach ihrem Glauben zu leben“, fragen sollen.

Das „Kopftuch-Item“ ist ebenfalls problematisch, es ist ein typisches Beispiel für „verklausulierte“ Feindlichkeit. Manche Befragte werden diesem Item aber zustimmen, da sie meinen, dass Musliminnen gezwungen werden das Kopftuch zu tragen, was natürlich nicht zutreffen muss. Die „Kopftuch-Debatte“ bzw. die Grundsatz-Diskussion um den Grad der Anpassung beeinflusst diese Frage. Nun kann man behaupten, dass Menschen, die mehr Anpassung fordern, Fremdenfeinde seien. Dies trifft aber m.E. im engeren Sinn nicht zu.

Wichtig festzuhalten ist, dass dieses Item denn auch nur in der ersten Welle des GMF-Surveys 2002 Eingang fand und in folgenden Erhebungen ersetzt wurde.

Alternativ könnte die Frage gestellt werden, ob man etwas dagegen hätte, Muslime/-innen als Wohnnachbarn zu haben, oder analog zur UNIVOX-Studie nach der Beliebtheit verschiedener Nationen etc. fragen.

Als weitere Möglichkeit würde man die „eindeutigeren“ Kern-Items des GMF-Surveys gebrauchen ($\alpha = .73$):

- „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ und
- „Durch die vielen Muslime fühlt man sich wie Fremde im eigenen Land“.

Der GMF-Survey enthielt aber insgesamt 14 Items ab 2003, aus denen fünf (2005) und dann noch insgesamt vier im 2006 weiterverfolgt wurden. Die zwei zusätzlichen, positiv formulierten Items lauten:

- „Die muslimische Kultur passt durchaus auch in unsere westliche Kultur“ und
- „Der Islam hat eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht.“

5.4. Rechtsextremismuspotehtial

Zur Ermittlung des Rechtsextremismuspotehtials (Cattacin et al., 2006, 47f.) wurde eine explorative Faktoranalyse durchgeführt, aus der drei Faktoren resultierten:

- Autoritarismus (4 Items aus GMF-Survey),
- Gewaltbefürwortung (1 Item GMF und 1 Item ERASM) und
- politisches Misstrauen (1 Item ISSP, 2 Items IPZ-Helbling, 1 Item Niederberger)

Das politische Misstrauen wird in den Analysen von Cattacin et al. (2006) ohne Nennung von Gründen nicht mehr weiter berücksichtigt.

Bei einer allfälligen Zusammenfassung zu einem Index muss sehr vorsichtig vorgegangen werden. Sofern eine Faktoranalyse gezeigt hat, dass zwei Dimensionen nicht miteinander zusammenhängen (wie z.B. hier Autoritarismus und Gewaltbefürwortung), ist die Bildung eines Index aus beiden Dimensionen nicht sinnvoll.

5.4.1. Autoritarismus („Law & Order“)

Quellen der Items: GMF-Survey (Heitmeyer et al.)

Items:

Q60.1 Verbrechen sollten härter bestraft werden. (HEIT02/au01w1)

Q60.2 Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Aussenseiter und Unruhestifter vorgehen. (HEIT02/au02w1)

Q60.3. Zu den wichtigsten Eigenschaften, die jemand haben sollte, gehören Gehorsam und Respekt vor dem Vorgesetzten. (HEIT02/au03w1)

Q60.4. Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, was wir tun sollen. (HEIT02/au04w1)

[$\alpha = .75$ (N = 2611.9).]

Kommentar:

Insgesamt handelt es sich um eine gute Skala. Die Items umfassen die Elemente autoritäre Aggression (erste beiden Items) und die autoritäre Unterwerfung (letzte beiden Items) nach Altemeyer (1988).

Zudem weisen sie eine gute Reliabilität (d.h. interne Konsistenz) auf.

5.4.2. Gewaltbefürwortung

Quellen der Items:

- GMF-Survey, 1 Item
- ERASM, 1 Item

Items:

Q60.1a bzw. Q60.5 Um mich durchzusetzen, muss ich manchmal auch Gewalt anwenden.
(HEIT02/be01w1)

Q60.2a bzw. Q60.6 Um Recht und Ordnung wiederherzustellen, soll der Staat nicht zögern, Gewalt zu gebrauchen. (ERASM)

[Alpha = .36 (N = 2937.3)]

Kommentar:

Inhaltlich erfolgte hier eine problematische Vermischung von persönlicher Gewaltbereitschaft und der Akzeptanz staatlicher Gewalt, die man ja unter dem Gesichtspunkt des staatlichen Gewaltmonopols durchaus als legitim erachten kann (der wesentliche Punkt scheint auf dem „zögern“ zu liegen, was jedoch sehr problematisch erscheint).

Darüber hinaus müsste, empirisch gesehen, das Alpha (das bei zwei Items aus deren Korrelation besteht) höher sein, um von einer gemeinsamen Dimension sprechen zu können. Die gemeinsame Varianz der beiden Items beträgt lediglich 6% (Quadratwurzel aus .36).

Item 60.2a ist eher ein Autoritarismus-Item, „law and order“ wird explizit erwähnt und die Erwähnung von Gewalt kann auch unter autoritärer Aggression gesehen werden.

Die Reliabilität von Autoritarismus und Gewaltbefürwortung zusammen wird von Cattacin et al. (2006) zwar als gut ausgewiesen (6 Items, N = 2554.4: alpha = .74). Wobei das Grundproblem der mangelnden Reliabilität der Gewaltbefürwortung bestehen bleibt und nur übertüncht wird durch die gut zusammenhängenden Autoritarismus Items.

Folglich muss hier eine andere Lösung gefunden werden, z.B. durch Items wie „Wer sich durchsetzen will, muss auch mal Gewalt anwenden“ u.ä. Hier sollten mindestens drei empirisch bewährte Items verwendet werden.

Im GMF-Survey z.B. werden die Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft mit je zwei Items erfasst (gute Reliabilitäten):

- Gewaltbilligung (alpha = .68)
 - „Wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist.“
 - „Durch Anwendung von Gewalt können klare Verhältnisse geschaffen werden.“
- Gewaltbereitschaft (alpha = .70)
 - „Wenn mich jemand beleidigt, kann es ihm passieren, dass er sich eine fängt.“
 - „Manchmal muss ich Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen.“

Unklar bleibt, ob im GMF-Survey die beiden Dimensionen auch genügend stark zusammenhängen, wie dies theoretisch postuliert wird.

5.4.3. Politisches Misstrauen (Distrust)

Quellen der Items:

- ISSP 04, 1 Item
- IPZ-Helbling 04, 2 Items
- Niederberger-Studie Emmen, 1 Item

Items:

- Q57.1 Meistens können wir in die Regierungsvertreter/innen Vertrauen haben, denn es ist richtig was sie tun. ISSP04/Q40*
- Q57.2 Die gewählten Politiker und Politikerinnen (NICHT LESEN, NUR WENN UNKLAR: auf kommunaler, kantonaler oder nationaler Ebene) machen was sie wollen und respektieren den Willen des Volkes nicht.
(IPZ-Helbling 04*)
- Q57.3 Im Allgemeinen funktioniert die Demokratie in der Schweiz sehr gut.
(IPZ-Helbling 04)
- Q57.4 Es hat keinen Sinn, mit den Behörden Kontakt aufzunehmen, weil diese sich ja doch nicht für die Probleme vom/von der Durchschnittsbürger/in interessieren.
(NDB/Q61e).

[Alpha bei Cattacin et al. (2006) nicht angegeben.]

Kommentar:

Diese Dimension, die ich eher mit „politischer Machtlosigkeit“ bezeichnen würde, wäre an sich sehr wichtig, da sie die *Entlegitimierung* des politischen Systems ausdrückt, die u.U. als eine von zwei Voraussetzung für die politische Instrumentalisierung von Fremdenfeindlichkeit angesehen werden kann (Winkler, 1996, s.oben).

Allerdings sollte man sich dann auch wirklich auf die Erfassung des Gefühls der Machtlosigkeit konzentrieren. Das Item zum Funktionieren der Demokratie ist m.E. nicht passend, da Personen diesem zustimmen können, auch wenn sie sich nicht als machtlos empfinden.

Zudem ist es wünschenswert, wenn eine teststatistisch geprüfte Standard-Skala, anstelle von Items aus drei verschiedenen Quellen, herangezogen würde.

5.5. Einstellungen zu Integration und Assimilation

Quellen der Items: Eurobarometer 53 (2000), 3 Items.

Items:

- Q72.1 Um vollständig akzeptierte Mitglieder der Schweizer Gesellschaft zu sein, müssen Ausländer und Ausländerinnen ihre eigene Kultur aufgeben
(EB53/Q59.4*; FB-D; S.19)
- Q72.2 Um vollständig akzeptierte Mitglieder der schweizerischen Gesellschaft zu sein, müssen Ausländer und Ausländerinnen, die Teile ihrer Religion oder Kultur aufgeben, die nicht im Einklang mit den Schweizer Gesetzen stehen.
(EB53/Q59.5* FB-D; S.19)
- Q72.3 Gewisse Ausländer und Ausländerinnen sind so verschieden, dass sie niemals vollständig akzeptierte Mitglieder der Schweizer Gesellschaft werden können.
(EB53/Q59.11* FB-D; S.19)

Kommentar:

Diese Fragen zielen auf den von Befragten gewünschten Grad der kulturellen Assimilation von Ausländern/-innen ab. Im vorliegenden Zusammenhang sind dies nicht zentrale Fragen, so dass sie gegebenenfalls gestrichen werden könnten.

5.6. Einstellungen zu Migration

Quellen der Items:

- EB 53, 7 Items
- GMF-Survey 1 Item

Items:

Q73.1 Ausländer und Ausländerinnen mit einer Aufenthaltsbewilligung sollten das Recht haben, enge Familienangehörige in die Schweiz nachkommen zu lassen.

(EB53/Q61.2* (FB-D, S.20)

Q73.2 Ausländer und Ausländerinnen mit einer Aufenthaltsbewilligung sollten in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, wenn sie wegen schwerwiegenden Straftaten verurteilt werden.

(EB53/Q61.3* FB-D, S.20)

Q73.3 Ausländer und Ausländerinnen mit einer Aufenthaltsbewilligung sollte die Einbürgerung leichtgemacht werden.

(EB53/Q61.6* (FB-D, S.20)

Q73.4 Alle illegalen Ausländer und Ausländerinnen sollten ohne Ausnahme in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden.

(EB53/Q61.7* (FB-D, S.20)

Q73.5 Arbeitgeber, die illegale Arbeitskräfte beschäftigen, sollten härter bestraft werden.

(EB53/Q61.8* FB-D, S.20)

Q73.6. Es sollte immer von der Prüfung der persönlichen Umstände abhängig gemacht werden, ob illegale Ausländer und Ausländerinnen in der Schweiz bleiben dürfen.

(EB53/Q61.9* FB-D, S.20)

Q73.7 Das Recht auf Asyl in der Schweiz sollte leichter in Anspruch genommen werden können.

(EB53/Q61.11* FB-D, S.20)

Q73.8 Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in der Schweiz lebenden Ausländer und Ausländerinnen mit einer Aufenthaltsbewilligung wieder in ihre Heimat zurückschicken.

(HEIT02/ff08d*, FB-D, P.27)

Kommentar:

Diese Items stellen eine gute Fragebogenbatterie dar, die eine Abstufung nach der Stärke der Unterstützung von Massnahmen gegen Ausländer/innen beinhaltet.

Das letzte Item (aus GMF-Survey) sollte besser als Item der Xenophobie dienen.

5.7. Eigene Diskriminationserfahrungen

Quellen der Items:

- ESS
- ERASM (Studie von Cattacin et al., 2006)

Items:

Q38 Haben Sie schon Situationen erlebt, in denen Sie aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit in den letzten fünf Jahren diskriminiert (ESS/C16*)

(1) Ja, einmal

(2) Ja, mehrere Male

(3) Nein, noch nie

(99) NICHT LESEN: Weiss nicht

Q39 Aufgrund welcher Gruppenzugehörigkeit haben Sie sich diskriminiert gefühlt? (ERASM)

(1) Keine

(2) Geschlecht/sexuelle Identität (Mann, Frau)

(3) Alter

(4) Nationalität

(5) Ethnische Herkunft (afrikanisch, indisch, arabisch, asiatisch etc.)

(6) Religion

- (7) Handicap
- (8) Sexuelle Orientierung
- (9) Sozioökonomischer Status (reich, arm)
- (10) Arbeiter/in od. Angestellte/r (beruflich untergeordnete Position)
- (11) Sprache, Dialekt
- (12) Hautfarbe
- (13) Andere, präzisieren:

Q40 In welchen konkreten Situationen wurden Sie diskriminiert? (ERASM)

- (1) Durch die öffentliche Verwaltung (Verwaltungsprozeduren)
- (2) Bei der Wohnungssuche
- (3) Bei der Arbeitssuche oder die der Bewerbung für einen Arbeitsplatz
- (4) In der Schule, während dem Studium
- (5) Im beruflichen Alltag (Arbeitskollegen, Vorgesetzte)
- (6) In der Familie
- (7) Im Gesundheitsbereich/-milieu (Aerzte/Aerztinnen, Spital, Krankenschwester, etc.)
- (8) Im öffentlichen Raum (Restaurants, Diskotheken, Clubs)
- (9) Sozialhilfe
- (10) Polizei
- (11) Hobby, Freizeit (Sport, etc.)
- (12) Gespräche/Diskussionen
- (13) Im Militär
- (14) Andere, präzisieren: _____
- (99) Weiss nicht

Q43 Sagen Sie mir bitte, ob Sie während den letzten 12 Monaten negative Erlebnisse hatten (diskriminiert oder belästigt) mit Personen folgender Gruppen:

Schweizer/innen, Personen unterschiedlicher Religionen, Menschen älter als 65J, Jugendliche, Ausländer, Homosexuelle, Menschen mit unterschiedliche finanzieller Situation (ERASM)

Daran anschliessend:

Q44: Personen welcher Religionen (Liste)

Q45: Ausländer welcher Nationalität (Liste)

Kommentar:

Bei Q40 könnten Fragen berücksichtigt werden, die mit der EUMC- Pilotstudie (EUMC, 2006) zu Diskriminierungen in Europa vergleichbar sind. Dies sind 12 Items in Bezug auf das letzte Jahr und 5 Items in Bezug auf die letzten 5 Jahre.

5.8. Eigene Gewalterfahrungen

Quellen der Items: ERASME, 2 Items

Items:

Q41 Haben Sie in den letzten fünf Jahren aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit Gewalt erlitten?
 [Interviewer-Text: ‚Damit gemeint ist physische und psychische Gewalt, Mobbing, sexuelle Belästigung etc. Dies im Zusammenhang mit Religion, Geschlecht, Nationalität, Alter, pol. Zugehörigkeit etc.‘]

Q42 Aufgrund welcher Gruppenzugehörigkeit haben sie Gewalt erlitten?
 (13 versch. Möglichkeiten)

Kommentar:

Bei den Gewalterfahrungen in Q41 muss eindeutig differenzierter gefragt werden. Will man eine annähernd präzise Einschätzung erreichen, muss *mindestens* eine grobe Unterscheidung in physische und psychische Gewalt, worunter auch Mobbing und sexuelle Belästigung

gezählt werden können, vorgenommen werden. Idealerweise würde man diese Bereiche gesondert abfragen (was den Fragebogen aber ausdehnt).

Zudem sollte der zeitliche Bezugsrahmen zusätzlich auch auf das letzte Jahr festgelegt werden, wie es bei Opfer-Surveys Standard ist.

Q42 ist nötig, da Befragte aus Minderheiten sich subjektiv auch aus anderen Gründen als der Angehörigkeit zu einer Minderheit (z.B. als Frau) Gewalt erfahren haben können.

5.9. Politische Positionierung

Quellen der Items:

- SELECT, 1 Item
- VOX, 2 Items

Items:

Q48: Links-Rechts (SELECT 2003)

Q49: Parteipräferenz (VOX/P02)

Q50: Verbundenheit mit Partei (VOX/P07)

Kommentar:

Zumindest ein Item zur Positionierung ist sinnvoll. Die Parteipräferenz ist zwar praktisch-konkret, doch die Varianz innerhalb der Parteien kann u.U. grösser sein als zwischen den Parteien selbst. Eine Links-Rechts-Positionierung hat den Vorteil, dass sie unabhängig von einzelnen Parteien ist und eine lineare Skala darstellt. Der Nachteil ist, dass im Nachhinein eine willkürliche Einteilung in „eher links“ bzw. „eher rechts“ (o.ä.) vorgenommen werden muss.

5.10. Patriotismus/Nationalismus

Quellen der Items:

- ISSP, 2 Items
- Niederberger-Studie Emmen, 1 Item

Items:

Q59.1 Ich bin lieber Bürger/-in der Schweiz als Bürger/-in von irgendeinem anderen Land auf dieser Welt (ISSP03/Q4a)

Q59.2 Ich gehe gern an eidgenössische und kantonale Feste. Da fühle ich mich so richtig als SchweizerIn. (NDB/Q65)

Q59.3 Menschen sollten Ihr Land unterstützen auch dann wenn es im Unrecht ist. (ISSP03/Q4e*)

[Alpha bei Cattacin et al. (2006) nicht angegeben.]

Kommentar:

Aus Gründen der europäischen Vergleichbarkeit sollten nur die zwei ISSP-Items berücksichtigt werden, oder besser, ergänzt mit anderen ISSP03-Items verwendet werden, da dann eine bessere Reliabilität resultiert:

- „Die Welt wäre besser, wenn die Menschen aus anderen Ländern mehr wie die Schweizer wären.“

- „Generell kann man sagen, dass die Schweiz besser ist als die meisten anderen Länder der Welt.“

5.11. „Orientierung“

Quellen der Items:

- GMF Survey, 2 Items
- Niederberger-Studie, 1 Item
- ERASM, 1 Item

Items:

Q66.1, Q66.2: Leistungsorientierung (GMF-Survey)

Q66.3, Q66.4: ‚Orientierung‘ (Niederberger-Studie, ERASM)

Kommentar:

Die Leistungsorientierung gehört zum neuen Konstrukt „instrumentelle Arbeitsorientierung“ von Heitmeyer zur Erklärung von Misanthropie bzw. Rechtsextremismus.

In diesem Erklärungszusammenhang ist es wichtig, dass die *persönliche* Orientierungslosigkeit (Anomia) berücksichtigt wird. Hierzu gibt es teststatistisch geprüfte Standard-Skalen oder die reliable Anomieskala im GMF-Survey, bestehend aus drei Items.

5.12. Berufliche Situation, objektiv

Items:

Q5: Erwerbstätigkeit ja/nein (GMF-Survey)

Q6: Vollzeit – Teilzeit (RC2000)

Q7: Arbeitnehmer, Selbstständig etc. (RC2000)

Q9: Berufliche Stellung (Lehrling, Arbeiter, Kader etc.) (RC2000)

Q10: Berufsbezeichnung [→ Berufsprestige ableitbar; ISCO Codes]

Q13: Leitende Stellung (ESS) [→ Formale Autorität, Anmerk. d. Verf.]

Q14: Arbeitslos in letzten 5 Jahren? (GMF-Survey)

Q94: Haushaltseinkommen

Kommentar:

Dies stellen wichtige Fragen zur Einschätzung der objektiven sozialen Lage bzw. Schicht dar und beinhalten die klassischen Statusdimensionen Bildung, Berufsprestige und Einkommen.

Allenfalls kann die Frage nach Teilzeit oder Vollzeit gestrichen werden, da m.E. die berufliche Integration (ja oder nein) wichtiger ist als der Grad derselben.

5.13. Berufliche Situation, subjektiv

Items:

Q11 Berufliche Zufriedenheit (GMF-Survey)

Q12 Berufliche Anerkennung (GMF-Survey)

Q15/Q16 Angst vor Arbeitslosigkeit heute/ zukünftig in 5 Jahren (GMF-Survey)

Q17 Einschätzung Arbeitsbelastung grösser-kleiner als vor 5 Jahren (SIREN)

- Q18 Einschätzung Job-Autonomie grösser-kleiner als vor 5 Jahren (SIREN)
Q19-Q25: Zufriedenheit etc. für Erwerbslose (GMF-Survey)
Q26, Q27: Finanz. Situation Veränderungen vgl. letzte fünf bzw. nächste fünf Jahre (SIREN)
Q28 Selbsteinstufung soziale Schicht (GMF-Survey)

Kommentar:

Dies sind wichtige Fragen zur subjektiven beruflichen Situation, die in Ergänzung zur objektiven Situation stehen. Vor allem die Fragen nach Anerkennung und Zukunftsängsten bzw. zur Angst vor sozialem Abstieg (Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der finanziellen Situation) sind sehr wichtig im vorliegenden Erklärungszusammenhang.

Die Selbsteinstufung der sozialen Schicht kann m.E. zugunsten von Items zur relativen Deprivation gestrichen werden.

Die Einschätzungen zur Arbeitsbelastung bzw. Job-Autonomie sind ebenfalls nur bedingt relevant. Das SIREN-Projekt z.B. zeigte, dass der ökonomische Wandel nur inkohärent mit der Affinität zu rechtsextremen Parteien zusammenhängt, in den meisten Ländern blieb er sogar bedeutungslos.

5.14. Soziodemografische Angaben:

Items:

- Q1: Nationalität
Q2: Jahre in Schweiz
Q3: Geschlecht
Q4: Alter
Q29 Seit wie vielen Jahren schweizerische Nationalität
Q80 Letzte Ausbildung
Q93 Zivilstand
Q77 Anz. Personen im Haushalt
Q78 Wohnsituation
Q79 Anz. Kinder

Kommentar:

Dies sind unverzichtbare Standard-Variablen.

5.15. Ethnizität, objektiv und subjektiv

Items:

- Q29 Seit wie vielen Jahren haben Sie die schweizerische Nationalität
Q30 Seit wie vielen Jahren leben Sie bereits in der Schweiz?
Q32 Welche Sprache(n) sprechen Sie?
Q33 Welche Staatsangehörigkeit haben/hatten Ihre Eltern bei der Geburt?
Q34 Und Ihre Grosseltern?

Kommentar:

Zusätzlich sollte die Selbstidentifikation mit einer ethnischen Minderheit oder als Schweizer berücksichtigt werden.

5.16. Religiosität

Items:

Religion (formeller Glaube wie kath., ref., usw.)

Religiosität (Wichtigkeit von religiöser Praxis, „Wie religiös sind Sie? Sehr/eher/weniger/gar nicht“)

Kommentar:

Wichtige Erklärungsgrösse wie Cattacin anlässlich eines Vortrags an der ETH Zürich zeigte. Es ist jedoch zu prüfen, wie viel Erklärungskraft von Religiosität bleibt bei gleichzeitiger Kontrolle von Alter, Wohnort, und sozialer Schicht (als Grössen, mit denen Religiosität konfundiert ist).

5.17. Weitere Konzepte

Sinnvolle, weiter zu berücksichtigende Konzepte, die bereits oben vorgestellt wurden, sind:

- Anomia (3 Items)
- Relative Deprivation (2 Items)

6. Mögliche Varianten eines Monitoring-Instruments

Aufgrund der bisherigen Ausführungen eröffnen sich verschiedene Formen für ein Monitoring von Xenophobie und rechtsextremen Einstellungen. Nachfolgend werden insbesondere zwei Varianten diskutiert, nämlich die Durchführung eines Monitorings in einem eigenständigem Survey-Gefäss einerseits und in einem Zusatz-Modul im Rahmen der UNIVOX-Studien.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass, wenn das Ziel eines Monitorings in der langfristigen Beobachtung einer Vielfalt an erklärenden Kernkonzepten (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie und Rechtsextremismus) unter Einschluss von verschiedenen Erklärungsgrössen liegen soll, es nur einen geeigneten Weg gibt: die Durchführung eines eigenständigen, spezifisch zugeschnittenen Monitoring-Surveys.

Es besteht aktuell kein regelmässiges Survey-Gefäss in der Schweiz, das all das abdecken würde. Ein erster Grundparameter ist der Umfang des Surveys. Unter der Prämisse, dass in einem UNIVOX-Zusatzmodul der Umfang eher beschränkt ist, kommt diese Variante wahrscheinlich nicht in Frage.

Hinsichtlich der *europäischen Vergleichbarkeit* von Items ergaben umfangreiche Abklärungen, dass diese Möglichkeiten als sehr beschränkt anzusehen sind. Aktuell enthält nur das ESS Items, die regelmässig (alle zwei Jahre) auch in der Schweiz erhoben werden. Es sind dies nur drei Items, die Fremdenfeindlichkeit messen. Bei den anderen untersuchten Surveys werden entweder die relevanten Module in zu grossen Abständen wiederholt (ISSP alle 7-10 Jahre) oder die Module werden nicht mehr weiterverfolgt (Eurobarometer).

Deshalb sollten diese einzigen drei ESS-Items, die einen Vergleich der Fremdenfeindlichkeit mit anderen Ländern Europas ermöglichen, unbedingt in ein Monitoring eingeschlossen werden.

Eine andere grundsätzliche Entscheidung betrifft den Einschluss der *ausländischen Wohnbevölkerung*, wodurch einerseits Vergleiche unter verschiedenen Migrantengruppen und andererseits die Berücksichtigung von Diskriminierungserfahrungen ermöglicht würden. Um die Vergleiche verlässlich vorzunehmen, müssen ausländische Minderheiten in genügend grosser Zahl vertreten sein, was durch ein Oversampling dieser Population erreicht wird.

Zwei Grundsatzentscheide müssen also gefällt werden:

1. Soll ein inhaltlich breites Themenspektrum mit Erklärungskonzepten berücksichtigt werden?

Ja: → Monitoring in eigenständigem Survey

Nein: → je nach Umfang des Fragebogens:

Monitoring in eigenständigem Survey (nur leichte Kürzungen)

oder

Umsetzung als UNIVOX-Modul (stark gekürzte Version).

2. Angemessene Berücksichtigung der ausländischen Wohnbevölkerung?

Ja: → Monitoring in eigenständigem Survey mit Oversampling von Migranten/innen.

Nein: → Umsetzung als UNIVOX-Modul möglich.

Entsprechend ergibt sich folgende einfache Matrix:

Inhalt	Einschluss ausländische Wohnbevölkerung	
	Ja	Nein
Umfassend	Eigenes Gefäss (Maximalvariante)	Eigenes Gefäss
Eingeschränkt	Eigenes Gefäss	UNIVOX (Minimalvariante)

Im Folgenden sollen die Maximal- und Minimalversion eines möglichen Monitorings skizziert werden. Eine Detailausarbeitung würde den Rahmen der vorliegenden Studie jedoch sprengen.

6.1. Eigenständiges Monitoring mit Oversampling ausländische Wohnbevölkerung

In dieser Variante, die gleichsam die *Maximalvariante* darstellt, erfolgte die Umsetzung der langfristigen Beobachtung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus innerhalb eines spezifisch für diesen Zweck geschaffenen Umfragegefässes („neues Monitoring“).

Darin miteinbezogen würden sowohl alle aufgeführten Kern-Konzepte (Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und rechtsextremen Einstellungen) sowie die oben erwähnten Erklärungskonzepte und Kontextvariablen.

Die Grundlage hierzu bestünde in einer gekürzten Version des Fragebogens der Cattacin et al. (2006) Studie, die mit weiteren Erklärungskonzepten wie etwa der relativen Deprivation und der Anomia ergänzt würde (wie oben dargestellt in Kap. 5)

Periodizität:

Idealerweise alljährlich, um auch Einflüsse von relevanten Ereignissen in der Schweiz oder anderswo auf die „Stimmungslage“ einzuschätzen. Zudem könnten zeitliche Kausalzusammenhänge mit grösserer Sicherheit bestimmt werden.

Pragmatisch gesehen, käme auch eine zweijährliche Durchführung in Frage.

Vorteile:

- Präzise und umfassende Bestimmung der relevanten Kern-Phänomene
- Einbezug einer Vielfalt an erklärenden Konzepten
- Ansatzpunkte für Interventionen identifizierbar
- Hoher wissenschaftlicher Wert
- Vergleiche von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter Minderheiten
- Diskriminierungserfahrungen von Minderheiten

Nachteil:

- Höhere Kosten

Der Umstand, dass mit einem längeren Fragebogen tendenziell der non-response erhöht wird, trifft auf alle grösseren Europa-Surveys zu, und kann nicht als Nachteil gewertet werden.

6.2. Eigenständiges Monitoring ohne Berücksichtigung ausländische Wohnbevölkerung

Da nur Stimmberechtigte, also Schweizer/innen, befragt würden, wäre prinzipiell eine Anbindung an die UNIVOX-Studien möglich. Allerdings sind hier wohl auch Grenzen bezüglich dem Umfang eines solchen Moduls gesetzt, so dass einschneidende inhaltliche Kürzungen wohl nicht zu vermeiden wären. Dies müsste aber in einem weiteren Schritt genauer abgeklärt werden.

Es muss beachtet werden, dass allein für die Erfassung der fünf Kernkonzepte mindestens 12 Items benötigt werden (je zwei Items für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, plus mindestens vier für die zwei Dimensionen von Rechtsextremismus).

Der grosse Nachteil dieser Variante ist der Wegfall der Erfassung von Diskriminierungserfahrungen unter Ausländern/-innen. Als (allerdings ungenügender) Ersatz könnten die Fragen zur wahrgenommenen Diskriminierung aus dem ESS diesen, die alle zwei Jahre in der Schweiz erhoben werden – sofern im ESS keine Änderungen geschehen. Wie bereits oben erwähnt, informieren diese Fragen nur darüber, ob die Befragten sich überhaupt als Mitglieder einer diskriminierten Gruppe wahrnehmen, jedoch nicht darüber, ob dies z.B. im letzten Jahr vorgekommen sei, oder in welcher Situation dies geschah.

Ergänzend zu einem Monitoring dieser Form könnten die Diskriminierungserfahrungen parallel in einer speziellen Studie erfasst werden. Am besten erfolgte dies mit dem gleichen Design wie die EUMC-Pilotstudie (2006), so dass die Vergleichbarkeit gewährleistet ist.

Die Vor- und Nachteile dieser Form des Monitorings sind gespiegelt zu denen der Maximalversion.

Vorteile:

- Geringere Kosten

Nachteile:

- Knappe Bestimmung der relevanten Kern-Phänomene
- Minimaler Einbezug von erklärenden Konzepten
- Weniger Ansatzpunkte für Interventionen identifizierbar
- Geringerer wissenschaftlicher Wert
- Keine Vergleiche von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter Minderheiten
- Keine Erfassung von Diskriminierungserfahrungen von Minderheiten

6.3. Präsentation und Zurverfügungstellung der Daten

Die Fragen nach der Präsentation der Resultate sowie der Datenweitergabe an geeignete Institutionen können nur grundsätzlich angegangen werden.

Bei der Präsentation der Resultate sind sicherlich die folgenden Kennzahlen für die Öffentlichkeit von Interesse:

- Ausmass der Zustimmung zu den Kernkonzepten Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie.
(Rund x % der Befragten stimmten Aussagen zu Rassismus, wie „Item A“ oder „Item B“, völlig oder eher zu.)

- Ausmass der Teil-Elemente von Rechtsextremismus und Zustimmung zu Index von Rechtsextremismus (und kurze Erläuterung der Indexbildung)
(Wie viele Prozent der Befragten haben gefestigte rechtsextreme Orientierungen?)
- Bivariate Unterschiede nach soziodemografischen Standard-Merkmalen (Alter, Geschlecht, Bildung, Soziale Schicht).
(Sind ältere Menschen, Frauen oder Menschen aus unteren sozialen Lagen fremdenfeindlicher?)
- Vergleich der Zustimmung in europäischen Ländern
(Wo liegt die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern? Liegt sie im oberen oder unteren Drittel oder ist sie „europäischer Durchschnitt“?)

Hinsichtlich der *Datenweitergabe* wäre ein System sinnvoll, das die Daten für Forschungszwecke prinzipiell unentgeltlich zur Verfügung stellt. Bei kommerziellen Interessenten ist die Entrichtung einer Nutzungsgebühr zu prüfen.

7. Diskussion

Der vorliegende Bericht untersuchte die Möglichkeit zur Einsetzung eines Monitoring-Surveys zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der Schweiz. Als zu untersuchende Kernkonzepte wurden Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie und Rechtsextremismus definiert.

Die Bedeutung eines Monitoring-Surveys liegt in der Erfassung von verschiedenen fremdenfeindlichen Tendenzen unter der Schweizer Bevölkerung. Mit der langfristigen Erhebung solcher Tendenzen kann eine Art „Frühwarnsystem“ für Probleme des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Sprache etabliert werden. Insofern als Rechtsextremismus als Gegenpol zur parlamentarischen Demokratie gilt, erlaubt das Monitoring eine Einschätzung des anti-demokratischen Potentials des rechten Politikspektrums.

Ingesamt gesehen ist aus wissenschaftlicher Sicht ein solches Vorhaben realisierbar, sofern gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu zählen vor allem die geeignete Art von Fragen, aber auch die geeignete Anzahl von Fragen. Verwendete Fragen sollten klar und eindeutig formuliert sein. Das Problem bei Fragen, die Rassismus verdeckt erfragen wollen, ist deren inhärente Mehrdeutigkeit, so dass Personen diesen auch aufgrund von nicht-fremdenfeindlichen Einstellungen zustimmen können. Um Effekte des Antwortverhaltens aufgrund von sozialer Erwünschtheit zu vermeiden, sollten sowohl positiv als auch negativ formulierte Fragen gestellt werden. Schliesslich sollten die Kernkonzepte durch genügend grosse Anzahl Items erfasst werden. Die Verwendung von nur zwei Items pro Konzept ist z.B. nur dann legitim, wenn diese auf Resultaten von vorherigen Skalenanalysen aus Pretests beruht. Die Cattacin et al. (2006) Studie stellte eine solide Basis für die weitere Entwicklung von Skalen zur Verfügung, die für die Schweiz anwendbar sind. Wie sich nämlich gezeigt hatte, können die Ergebnisse des Surveys von Heitmeyer und Mitarbeitenden zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ aus Deutschland nicht einfach auf die Schweiz übertragen werden.

Ein Monitoring-Survey sollte sich ferner nicht nur auf die Erfassung von feindlichen Einstellungen beschränken, sondern auch mögliche *Erklärungsfaktoren* berücksichtigen. Dabei sollen Faktoren verschiedener Erklärungsebenen einfließen, von Persönlichkeitsmerkmalen wie Autoritarismus, bis zu Faktoren aus zentralen sozialpsychologischen und soziologischen Konzepten. Es ist wichtig festzuhalten, dass die Erfassung solcher Erklärungsfaktoren nicht zuletzt die Entwicklung von zielgruppengerechten Interventionsmassnahmen ermöglicht. Dazu müssen die zwei Bereiche „Kernkonzepte“ und „Erklärungskonzepte“ jedoch *im gleichen Survey*, d.h. bei denselben Personen erhoben werden. Um Zusammenhänge überhaupt prüfen zu können, sind also Individualdaten nötig, die beide Informationen für die Befragten enthalten.

Der Bereich des Rechtsextremismus stellt gewissermassen eine Sub-Sparte von Fremdenfeindlichkeit dar, innerhalb deren auch eine gewaltbereite Minderheit zu finden ist. Rechtsextreme Personen zeichnen sich durch extreme Einstellungen etwa bezüglich Nationalismus, Antisemitismus, Nationalsozialismus und Diktaturbefürwortung aus. Unter diesen findet sich wiederum eine Untergruppe, die die Ausübung von physischer Gewalt prinzipiell befürwortet und bereit ist diese anzuwenden. Der Bereich der Gewaltakzeptanz und -bereitschaft kann in einem Survey prinzipiell erfragt werden und wurde in bisherigen Studien auch schon erhoben.

Sofern aus Gründen der politischen Symmetrie eine Erfassung von allgemeinem Extremismus gewünscht wird, könnten Fragebereiche hinzugefügt werden, die entsprechende Merkmale des Linksextremismus berücksichtigen. Durch die Kombination mit dem Fragebereich zur Gewaltanwendung und -befürwortung ist – ganz analog zum Rechtsextremismus – auch eine Untergruppe von gewaltbereiten Linksextremisten eruierbar. Besser wäre es jedoch, auf den Kern von Extremismus abzielen, der gemäss Extremismusbericht (2004) in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats, des Mehrparteiensystems und des Rechts auf Opposition liegt.²⁵ Die Erfassung dieser Aspekte in Verbindung mit der Gewaltbereitschaft könnte den potentiell gewalttätigen Extremismus in der Schweiz einschätzen.

Ein Monitoring zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sollte idealerweise ein umfassendes *Monitoring-System* beinhalten, in dem die einzelnen Elemente aufeinander bezogen werden können, um ein abgerundetes Bild der Situation zu gewährleisten. Dazu sind zunächst die im vorliegenden Bericht erwähnte periodische Erhebung von feindlichen Einstellungen in der Gesamtbevölkerung sowie die darin integrierte oder separate Erhebung von Diskriminierungserfahrungen der ausländischen Bevölkerung zu zählen. Ferner sollten auch Berichte von Opfern rassistischer Vorfälle mit eingeschlossen werden, die bereits durch verschiedene Nichtregierungsorganisationen gesammelt werden. Darüber hinaus ist auch die Erhebung von Indikatoren zur strukturellen Integration (zentral z.B. in Arbeitsmarkt und Bildungssysteme) wichtig, wie sie beim Bundesamt für Statistik geplant sind.

²⁵ <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2004/5011.pdf> (siehe Seite 5019) .

8. Literatur

- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J., & Sanford, R. N. (1950). *The authoritarian personality*. New York.
- Ajzen, I. (1988). *Attitudes, personality and behavior*. Milton Keynes: Open University Press.
- Ajzen, I. (2002). Attitude Assessment. In R. F. Ballesteros (Ed.), *Encyclopedia of psychological assessment*. London: Sage.
- Allport, G. W. (1971). *Die Natur des Vorurteils*. Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Altemeyer, B. (1988). *Enemies of freedom: understanding right-wing authoritarianism*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Artus, H. M. (2005). *Rechtsradikalismus/2. Ein Überblick über sozialwissenschaftliche Forschung*. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften
(www.gesis.org/information/sowinet/sowionline/rechtsradikalismus2/Rechts2_gesamt.pdf)²⁶
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bergmann, W., & Erb, R. (2000). Antisemitismus in der Bundesrepublik 1996. In R. Alba, P. Schmidt & M. Wasmer (Eds.), *Deutsche und Ausländer: Fremde, Freunde oder Feinde?* (pp. 401-438). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Billiet, J., & Welkenhuysen-Gybels, J. (2004). Assessing cross-national construct equivalence in the ESS: the case of six immigration items. In C. Van Dijkum, J. Blasius & C. Durand (Eds.), *Recent Developments and Applications in Social Research Methodology. Proceedings of the Sixth International Conference on Social Science Methodology*. Amsterdam: Barbara Budrich Pub.
- Cattacin, S., Gerber, B., Sardi, M., & Wegener, R. (2006). *Monitoring rightwing extremist attitudes, xenophobia and misanthropy in Switzerland. An explorative study (Research report – PNR 40+)*. Geneva: Sociograph - Sociological Research (Department of sociology, University of Geneva).
- Couper, M. P., & Leeuw, E. D. d. (2003). Nonresponse in Cross-Cultural and Cross-National Surveys. In J. A. Harkness, F. J. R. v. d. Vijver & P. P. Mohler (Eds.), *Cross-Cultural Survey Methods* (pp. 157-178). New York: Wiley.
- De Weerd, Y., De Witte, H., Catellani, P., & Milesi, P. (2004). *Turning right? Socio-economic change and the receptiveness of European workers to the extreme right. Report of the survey analysis and results*. Leuven: "Socio-Economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right" (SIREN).
- Decker, O., & Brähler, E. (2005). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 42.
- Duriez, B. & Van Hiel, A. (2002). The march of modern fascism. A comparison of social dominance orientation and authoritarianism. *Personality and Individual Differences*, 32, 1199-1213.
- Eckert, R., Willems, H., & Würtz, S. (1996). Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In J. W. Falter, H.-G. Jaschke & J. R. Winkler (Eds.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27/1996)* (pp. 152-167). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Eckes, T., & Six, B. (1994). Fakten und Fiktionen in der Einstellungs-Verhaltens-Forschung: Eine Meta-Analyse. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 25(4), 253-271.
- Ehrlich, H. J. (1979). *Vorurteil. Eine sozialpsychologische Bestandsaufnahme der Lehrmeinungen amerikanischer Vorurteilsforschung*. München/Basel: Reinhardt.
- Eidgenössische Kommission gegen Rassismus. (1998). *Antisemitismus in der Schweiz. Ein Bericht zu historischen und aktuellen Erscheinungsformen mit Empfehlungen für Gegenmassnahmen*. Bern: EKR.
- Endrikat, K., Schaefer, D., Mansel, J., & Heitmeyer, W. (2002). Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen. In W. Heitmeyer (Ed.), *Deutsche Zustände - Folge 1* (pp. 37-58). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- EUMC, European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (2005). *Majorities' attitudes against minorities: Key findings from the Eurobarometer and the European Social Survey (Summary)*. Wien: EUMC.

²⁶ Alle Links wurden zuletzt geprüft am 17.7.2007.

- EUMC, European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (2006). *Migrant's experiences of racism and xenophobia in 12 EU member states*. Wien: EUMC.
- Europäische Kommission (2005). *Eurobarometer 57: Diskriminierung in Europa. Zusammenfassung der Ergebnisse*. Brüssel: Europäische Kommission (Generaldirektion, Beschäftigung und Soziales).
- Fishbein, M. A., & Ajzen, I. (1975). *Belief, attitude, intention and behavior: An introduction to theory and research*. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Gabriel, O. W. (1996). Rechtsextreme Einstellungen in Europa. *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27*, 344-360.
- Gergen, K. J., & Gergen, M. M. (1986). *Social Psychology (2nd ed.)*. New York: Springer.
- Gomolla, M., & Radtke, F.-O. (2002). *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*. Opladen: Leske und Budrich.
- Hartmann, P. H. (1990). Wie repräsentativ sind Bevölkerungsumfragen? Ein Vergleich des ALLBUS und des Mikrozensus. *ZUMA-Nachrichten, Nr. 26*, 7-30.
- Heitmeyer, W., Buhse, H., & Liebe-Freund, J. (1992). *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*. Weinheim: Juventa.
- Heitmeyer, W. (2002a). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In W. Heitmeyer (Ed.), *Deutsche Zustände - Folge 1* (pp. 15-34). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2002b). Rechtsextremistische Gewalt. In W. Heitmeyer & J. Hagan (Eds.), *Internationales Handbuch der Gewaltforschung* (pp. 501-546). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Heitmeyer, W. (Ed.). (2002c). *Deutsche Zustände - Folge 1*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W., Collmann, B., Conrads, J., Matuschek, I., Kraul, D., Kühnel, W., et al. (1995). *Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus*. Weinheim: München.
- Heitmeyer, W., & Heyder, A. (2002). Autoritäre Haltungen. Rabiante Forderungen in unsicheren Zeiten. In W. Heitmeyer (Ed.), *Deutsche Zustände - Folge 1* (pp. 59-70). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Henry, P. J., & Sears, D. O. (2002). The Symbolic Racism 2000 Scale. *Political Psychology*, 23(2), 253-283.
- Hewstone, M., Rubin, M., & Willis, H. (2002). Intergroup bias. *Annual Review of Psychology*, 53, 575-604.
- Heyder, A., Iser, J., & Schmidt, P. (2005). Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In W. Heitmeyer (Ed.), *Deutsche Zustände - Folge 3* (pp. 144-170). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hüpping, S. (2006). Anomia. Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung. In W. Heitmeyer (Ed.), *Deutsche Zustände - Folge 4* (pp. 86-100). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jaschke, H.-G. (1994). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Killias, M., Virnot, O., Grandjean, C., Collis, I., & Spoerlil, M. (1986). *Les romands face au crime. Crime et insécurité en Suisse romande vus par les victimes et non-victimes*. Lausanne: IPSC.
- Longchamp, C., Dumont, J., & Leuenberger, P. (2000). *Einstellungen der SchweizerInnen gegenüber Jüdinnen und Juden und dem Holocaust*. Bern: gfs.bern (www.gfsbern.ch/gfs/antsem.html).
- Lüscher, C. (1997). *Autoritarismus und Ausländerfeindlichkeit*. Zürich: Soziologisches Institut (<http://home.tiscalinet.ch/thisischris/Forschungsarbeit.html>)
- Macpherson of Cluny, S. W. (1999). *The Stephen Lawrence Inquiry: Report of an Inquiry by Sir William Macpherson of Cluny*. London: The Stationery Office.
- Mansel, J., & Heitmeyer, W. (2005). Spaltung der Gesellschaft. Die negativen Auswirkungen auf das Zusammenleben. In W. Heitmeyer (Ed.), *Deutsche Zustände - Folge 3*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- McConahay, J. B., Hardee, B. B., & Batts, V. (1981). Has racism declined in America: It depends on who is asking and what is asked. *Journal of Conflict Resolution*, 25, 563-579.
- Pettigrew, T. F., & Tropp, L. R. (2000). Does intergroup contact reduce prejudice? Recent meta-analytic findings. In S. Oskamp (Ed.), *Reducing prejudice and discrimination. 'The Claremont Symposium on Applied Social Psychology'* (pp. 93-114). Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.

- Pfahl-Traugber, A. (1995). Rechtsextremismus in Deutschland. Bestandesaufnahme und Problemaufriss. In K. Schacht, T. Leif & H. Janssen (Eds.), *Hilflos gegen Rechtsextremismus? Ursachen - Handlungsfelder - Projekterfahrungen* (pp. 11-42). Köln.
- Phillipens, M., & Billiet, J. (2004). *Data-based quality assessment in ESS - Part 2 - Non-Response and fieldwork efforts in the ESS: Results from the analysis of call record data*. European Social Survey. <http://www.europeansocialsurvey.org>.
- Pratto, F., Sidanius, J., Stallworth, L. M., & Malle, B. F. (1994). Social dominance orientation: A personality variable predicting social and political attitudes. *Journal of Personality and Social Psychology*(67), 741-763.
- Quraishi, M. (2005). *Muslims and Crime: A Comparative Study*. Aldershot: Ashgate Publishing
- Rommelspacher, B. (1991). Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*(1), 75-88.
- Rosenberg, M. J., & Hovland, C. I. (1960). Cognitive, affective, and behavioral Components of Attitudes. In M. J. Rosenberg, C. I. Hovland, W. J. McGuire, R. P. Abelson & J. W. Brehm (Eds.), *Attitude organization and change: An analysis of consistency among attitude components* (pp. 1-14). New Haven, CT: Yale University Press.
- Saris, W. E., & Kaase, M. (1997). Chapter 11 - Summary and discussion. In W. E. Saris & M. Kaase (Eds.), *Eurobarometer. Measurement Instruments for Opinions in Europe*. Mannheim: ZUMA.
- Scherr, A. (1996). Zum Stand der Debatte über Jugend und Rechtsextremismus. *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27*, 97-120.
- Schubert, K., & Klein, M. (2006). *Das Politiklexikon (4., aktual. Aufl.)*. Bonn: Dietz.
- Schwarzenegger, C. (1992). *Die Einstellungen der Bevölkerung zur Kriminalität und Verbrechenskontrolle. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Zürcher Kantonsbevölkerung im internationalen Vergleich*. Freiburg i. Br.: Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht.
- Stangeland, P. (1996). The effect of interview method and response rate on victim survey crime rates. In C. Sumner, M. Israel, M. O'Connell & R. Sarre (Eds.), *International victimology: selected papers from the 8th International Symposium: proceedings of a symposium held 21-26 August 1994*. Canberra: Australian Institute of Criminology.
- Steins, G., & Rudolph, U. (1994). Fremdenfeindlichkeit aus sozialpsychologischer Sicht: Vorauslaufende Bedingungen, Folgen, Interventionen. In H. Knortz (Ed.), *Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Ein interdisziplinärer Diskussionsbeitrag* (pp. 101-118). Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Stolz, J. (2000). *Soziologie der Fremdenfeindlichkeit. Theoretische und empirische Analysen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Stroebe, W., & Insko, C. A. (1989). Stereotype, prejudice, and discrimination. In D. Bar-Tal, C. F. Graumann, A. W. Kruglanski & W. Stroebe (Eds.), *Stereotype and prejudice: Changing conceptions* (pp. 3-34). New York: Springer.
- Tajfel, H., & Turner, J. C. (1986). The social identity theory of inter-group behavior. In S. Worchel & L. W. Austin (Eds.), *Psychology of Intergroup Relations*. Chicago: Nelson-Hall.
- Willems, H., Eckert, R., Würtz, S., & Steinmetz, L. (1993). *Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalationen*. Opladen: Leske und Budrich.
- Winkler, J. R. (1996). Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren. *Politische Vierteljahresschrift, 1996*(Sonderheft 27), 25-48.
- Wolf, C., Schlüter, E., & Schmidt, P. (2006). Relative Deprivation. Riskante Vergleiche treffen schwache Gruppen. In W. Heitmeyer (Ed.), *Deutsche Zustände - Folge 4* (pp. 67-85). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.